

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 27.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postsparkonto 7718 Cln.

Cöln, den 8. Juli 1910.

Inserationspreis für die viersp. Pettzeile 30 Pfg. Stellengefährde und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

Die Tage von Münster.

Der Münchener Verbandstag im Jahre 1908 stand un- zweifelhaft auf der Höhe. Gesagt darf aber werden, daß von dem diesjährigen Verbandstage noch übertroffen wurde. Der Geschäfts- und Verwaltungsbericht des Zentralvorstandes fand eine ungeteilte Anerkennung; die Diskussion zeigte, daß die Schulung der Mitglieder bedeutende Fortschritte gemacht hat, die gefaßten Beschlüsse wurden alleseitig als die beste Lösung der gestellten Aufgaben anerkannt und die beiden Vorträge über gesundheitliche „Gefahren im Holzgewerbe und deren Bekämpfung“, sowie „die künstlerische und technische Entwicklung im Holzgewerbe“ lösten das Gefühl aus, daß der Zentralvorstand einen guten Beschluß faßte, als er diese Vorträge auf die Tagesordnung setzte. Es ist nicht zu offen, daß bei den Kollegen in den Zahlstellen der Verbands- tag eine andere Würdigung findet, als bei den Delegierten. Wohl kaum ist ein Teilnehmer des Verbandstages mit dem Gefühl des Mißbehagens von Münster geschieden. Es war im Gegenteil allgemein eine gehobene Stimmung und all- seltige Befriedigung über den ganzen Verlauf des Verbands- tages festzustellen.

Hat es den Delegierten vor zwei Jahren in München ge- fallen, dann in diesem Jahre in Münster nicht minder. Bot sich ihnen auch kein glänzendes Großstadtbild, so sahen sie doch, daß sich der Mensch auch in einer Mittelstadt wohl fühlen kann. Der biedere Sinn der Westfalen, die anzutreffende Kollegialität, die Zwanglosigkeit in den Quartieren (nicht zu vergessen die gute Hausmannskost), die aus der ganzen Um- gebung heraussehende sorglose Friedlichkeit, die in Münster eine besondere Pflegestätte hat, das alles wirkte auf die Delegierten ein, daß sie mit Münster als Tagungsort unserer Generalversammlung vollständig zufrieden waren.

Unsere Münsterischen Kollegen hatten alles aufgeboten, um den Verbandstagsteilnehmern den Aufenthalt in Münster so angenehm wie möglich zu machen. Vornehmlich sei da des Tagungslokales, der „Union“ gedacht, das, wie kaum ein anderes Lokal, für eine derartige Veranstaltung geeignet war. Auch in den Verkehrslokales der Münsterischen Kollegen, Bismarck- und Pape, haben sich die Delegierten, wenn sie der Tages Arbeit erledigt hatten, recht wohl gefühlt.

Ursprünglich war geplant, am Samstagmorgen einen Ausflug nach Handorf zu unternehmen. Es zeigte sich aber, daß das Arbeitspensum bis zu genanntem Zeitpunkte nicht erledigt war. So mußten denn die Teilnehmer schon nach der angestrengten Arbeit auf das Vergnügen verzichten. Wie gearbeitet wurde, läßt sich an der Tatsache erkennen, daß es an den Verhandlungstagen den Delegierten unmöglich war, die Stadt Münster und ihre Sehenswürdigkeiten zu be- suchigen. Von morgens 8 bis abends 7 Uhr wurde, mit einer nicht zu lang bemessenden Mittagspause, die Tagesord- nung erledigt. Dazu tagte noch am ersten Verhandlungstage abends die Generalversammlung unserer Krankengeld-Zuschuß- kasse. Aber wie gesagt, sind die Teilnehmer von Münster mit neuem Gefühle der Befriedigung geschieden. Die Güte der gefaßten Beschlüsse, die Höhe der gesamten Verhandlungen und die gute Aufnahme, konnten etwas anderes auch nicht bewirken.

Angesichts des jetzt wieder aufblühenden Wirtschaftslebens muß der ganze Verlauf des Verbandes besonders begrüßt werden. Tragen die Delegierten die Stimmung von Münster in alle Gauen unseres Vaterlandes hinein, dann kann es nicht schwer fallen, die Zahl der gewerkschaftlichen Streiter zu vermehren, unsern Kriegsschlag zu stärken und den Verband zu weiteren Erfolgen zu führen.

Der Verbandstag erfreute sich der weitesten Beachtung. Neben dem Begrüßungsabend doch u. a. einge- laden Herr Geheimrat Regierungsrat, Landtagsabgeordneter Schmieding, Gewerberat Dr. Förster, Gewerbeamte Dr. Reue; Diözesanpräses der kath. Arbeitervereine Pfarrer Beeler. Außerdem bemerkten wir eine Anzahl Präses von Arbeitervereinen und Studenten der Münsterischen Uni- versität, welche letztere als Mitglieder der sozial-charitativen Vereinigung ein besonderes Interesse an der Tagung zeigten. Auch an den Verhandlungstagen hatten wir stets Studierende als Gäste. Seitens der Leitung des Gesamtverbandes nahm General- sekretär Kollege Stegerwald an den Verhandlungen teil. Nicht unwichtig sei auch, daß sich zum Begrüßungsabend der Zentralvorstand aus den Zahlstellen der näheren und weiteren Umgebung Münsters, (Hamm, Coesfeld, Gronau u.)

eingefunden hatten. Als besonders liebe Gäste konnten an den Verhandlungstagen dann noch der Reichstagsabge- ordnete Kollege Becker-Ursberg und der Vorsitzende unseres Metallarbeiterverbandes, Kollege Wieber begrüßt werden.

Von den Arbeitersekretären die unserem Verband ange- hörten, nahmen an den Verhandlungen teil die Kollegen Biggemann-Bochum, Koch-Hagen, Bella-Elsfeld und Sprenger-Gelsenkirchen.

Von Herrn Professor Dr. Hise lief ein in sehr warmen Töne gehaltenes Begrüßungsschreiben aus Berlin ein. „Unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung geht trotz allem vorwärts! Das ist die größte Freude meines Lebens. Ihren Beratungen wünsche ich reichen Segen und biete allen Teilnehmern freudigst die Hand“. Daß das Schreiben des greisen Vorkämpfers unserer Bestrebungen begeistert aufgenom- men wurde, bedarf kaum einer Registrierung. — Herr Generalsekretär Martin der evangelischen Arbeitervereine sandte ebenfalls ein Begrüßungsschreiben. Telegramme liefen ein von unseren Brüdervorständen der Schweiz und Oester- reich, vom Gewerkschaftskartell Bochum, sowie von den Zahlstellen München, Barmen und Fürth unseres Verbandes. Der Regierungspräsident und der Magistrat der Stadt Münster sprachen in einem Schreiben für die Einladung zu der Tagung ihren Dank aus, bedauerten indes, einen Vertreter nicht entsenden zu können, da über die Zeit bereits anderweit verfügt worden sei.

Soweit sich übersehen läßt, haben in fast allen Teilen Deutschlands die bedeutendsten Tagesblätter, die für unsere Bestrebungen eintreten, über den Verlauf des Verbandstages täglich berichtet.

Begrüßungsabend.

Am Abend des Peter- und Paulstages hatte die Zahl- stelle Münster im großen Saale des Arbeitervereins in der Schillerstraße, eine Begrüßungsversammlung arrangiert, die einen guten Besuch aufwies. Die Münsterischen Kollegen waren mit ihren Familienangehörigen zahlreich erschienen. Die Tische zeigten ein geschmackvolles Blumenarrangement und als Zeichen, daß die Veranstaltung eine solche der Holz- arbeiter war, diente die zum Auszug gebrachte, künstlerisch ausgeführte Hobelspannfahne der Münsterischen Tischlerbruder- schaft. Kollege Kaspar eröffnete die Feier mit der Begrü- ßung der Gäste und Delegierten. Die Münsterischen Kollegen hatten anfänglich nicht recht glauben wollen, daß ihnen die Ehre des Verbandstages zu teil werde. Die Zahl- stelle am Orte sei eben stets auf sich angewiesen gewesen und habe der Zentralvorstand wohl gedacht, daß die Kollegen ihre Sache schon machen würden. Daß jetzt Münster gegen andere Zahlstelle bevorzugt, werde als eine große Ehre emp- finden. Arbeitersekretär Holle begrüßt die Gäste und Delegierten des Ortskartells. Gern hebt er hervor, daß die Holzarbeiter allen Gewerkschaftlern immer ein gutes Beispiel gegeben hätten. Kollege Kurtzschid entbietet die Will- kommenründe des Zentralvorstandes. Redner gibt dann einen Ueberblick über die zu leistende Arbeit des Verbandstages und die Wirksamkeit und Entwicklung des Verbandes in den beiden letzten Jahren. Bei dieser feillichen Gelegenheit in West- falens Hauptstadt werde wohl von allen Kollegen das Verprechen erneuert, unermülich für die Sache der christl. Gewerkschafts- bewegung weiter tätig zu sein. Generalsekretär Kollege Steger- wald, schildert die inneren und äußeren Kämpfe, die die christl. Gewerkschaften zu bestehen hatten, ehe sie sich eine Anerkennung errangen, die ihrer Bedeutung entsprach. Auch heute noch kommen von allen Seiten Schwierigkeiten. Daß man uns als schlimmer erachtet wie die sozial. Bewegung, kann uns mit Stolz erfüllen. Allgemein sollte man sich in anderen Kreisen denn doch zu der Einsicht bekennen, daß unsere Tätigkeit anders gewertet werden muß, als die sozialdemo- kratische. Unsere Bewegung ist nicht ins Leben getreten um allein als Sturmböck gegen die Sozialdemokratie zu wirken. Wir wollen dem Lohnarbeiter zu einer größeren Teilnahme an den materiellen und idealen Kulturerrungenschaften verhelfen. Wir wollen nicht den Kampf der Arbeiterklasse gegen andere Klassen, sondern unser Ziel ist die Klassenversöhnung. Das sozialdemokratische Ziel aber ist die Klassenherrschaft. Die Gewerkschaftsbewegung ist allen Sozialdemokraten eine Stange zum Endziel. Sie arbeiten gewerkschaftlich, weil nur ein ge- hobener Arbeiterstand als Klasse herrschen kann. Die sozial- demokratische Arbeit geht über die Gewerkschaftsarbeit in den „freien“ Gewerkschaften selbst hinaus. Anstatt auf eine Ver- söhnung der Klassen hinzuarbeiten, arbeitet man den Kampf gegeneinander. Gegenüber diesen Tatsachen obliegt uns die Pflicht, den christlichen Gewerkschaftsgedanken noch viel mehr unter das Volk zu bringen und ihn zu vertiefen. Geben wir uns alle Mühe, nutzen wir die kommende Zeit, und ar- beiten wir vornehmlich von der Hauptstadt Westfalens aus daran, daß uns die Provinz noch eine große Zahl christlicher Gewerkschaftler bringt.

Herr Pfarrer Beeler, der Diözesanpräses der katho- lischen Arbeitervereine, begrüßte die Erschienenen als „Haus- herr“ des Arbeitervereinshauses. Er sprach dann noch dem treuen Zusammenhalten von Gewerkschaft und Arbeiterverein das Wort. Gewerberat Dr. Förster hob die gemeinsame Ziele der Arbeiterorganisationen und des staatlichen Arbeiter- schutzes hervor. Um 11 Uhr konnte Kollege Kaspar die gut verkaufene Festversammlung, die durch Vorträge des Männer- Gesangsvereins „Sängerheim“ und die Kelerische Kapelle ver- schönt wurde, schließen.

Am Morgen des 30. Juni erfolgte zunächst die

Konstituierung des Verbandstages.

Einmütig wurden gewählt als Vorsitzende Kurt- schid-Cöln und Kaspar-Münster; als Schriftführer: Blaser-Augsburg, Rohr-Berlin und Kunkel-Düsseldorf. Zur Prüfung der Mandate werden gewählt Seeberger- Fürth und Grofeger-Dinklage. Von der Wahl von Kassen-Revisoren wird Abstand genommen und gleichzeitig beschlossen, daß in Zukunft einer der Kollegen, die die Kasse regelmäßig revidieren, dem Verbandstage Bericht zu erstatten hat. Bunsen-Cöln gibt als amwesender Revisor den Bericht, daß die Kasse bei der am letzten Sonntag statgefundenen Revision sich in bester Ordnung befunden habe und Bücher und Belege übereingestimmt hätten.

Anwesend sind 27 Delegierte. Der in Schlesien gewählte Kollege Krömer-Reiffe hat erst dann die Wahl abgelehnt, als es zur Anberaumung einer Neuwahl zu spät war. Wie die Mandatprüfer später mitteilten, haben sich bei der Wahl im Bezirke Bochum-Dortmund Unregelmäßigkeiten ergeben. Der als gewählt gemeldete Kollege von Dortmund ist jedoch zurück- getreten. Beantragt wird, dem erschienenen Kollegen Schimmel-Bochum, der als rechtmäßig gewählter Delegierter im Betrach komme, das Mandat zu erteilen. Diefem Vorschlage wird zugestimmt. Sonstige Einwendungen werden bezl. der Delegiertenwahl nicht gemacht.

Geschäfts- und Kassenbericht.

Dieser wird an Hand des vorliegenden und gedruckten Berichtes, aus dem wir in der letzten Nummer des „Holz- arbeiter“ bereits das wesentliche mitteilen, von Kurtzschid erörtert. Eine unangenehme Erscheinung in der Berichtszeit waren die vielen Anträge auf Gewährung einer höheren Unterstützung, als sie das Statut vorsieht, besonders bei Straß. Die Kollegen werden dazu gebracht werden müssen, daß sie in Zukunft von vornherein auf die Ablehnung derartiger An- träge zu rechnen haben. Wir müssen uns viel rückwärtslofer als bisher an das Statut halten. — Obgleich wir in der Wirtschaftskrise standen, haben wir nicht nur die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der alten Stufe gehalten, sondern gar noch verbessern können. Mit den Erfolgen können wir uns sehen lassen. Die bei Gelegenheit der letzten großen Tarif- bewegung verlangte außerordentliche Opferwilligkeit verdient Anerkennung; wenn auch in manchen Zahlstellen mehr hätte getan werden können. Es muß den Kollegen noch viel mehr zum Bewußtsein kommen, daß nicht mit den Mitteln der Lokalkasse, sondern mit denen der Hauptkasse die großen Er- folge errungen werden können. Aufgabe der Verbandsleitung muß immer sein, mit möglichst wenig Verlusten viel zu er- reichen. In der Berichtszeit ist das wohl gelungen.

Zum Kassenbericht gibt Mick weitere Erläuterungen. Er hat Wünsche bezl. der Ratenzahlungen, des Checkverkehrs, der eine Entlastung der Lokalkasse herbeiführt, der Unter- stützungsanträge, die, obgleich abgelehnt, mehrfach wiederkehren; der Unterstützung der bei der Bauarbeiterbewegung mit an- gekiperten Kollegen, der Kassenrevisionen, der statistischen Angaben und der Abrechnung. Janßen gibt den Bericht über das Verbandsorgan. Beyerß bespricht Verwaltungs- angelegenheiten an der Zentrale. Er fordert frühzeitige Materialbestellungen; Angaben über die Zahl der benötigten Zeitungen; frühzeitige Meldung der verloren gegangenen Bücher; Einschickung der Formulare B und C bei der Ab- rechnung; genaue Angaben bei Unterstützungsanträgen; pünktliche Einfindung der Fragebogen bei Lohnbewegungen. Ungerechtfertigt sei das Verlangen der Anrechnung von 5 und mehr Jahren der Mitgliedschaft aller Kollegen bei Ueber- tritten aus andern Verbänden.

Die sich an die Berichterstattung anschließende Diskussion brachte ein beträchtliches Angebot von Rednern. Es waren deren nicht weniger wie 27. Während jedoch in früheren Jahren die Kritik der Maßnahmen des Zentralvorstandes einen breiten Raum bei dieser Gelegenheit einnahm war das diesmal anders. Die Art der Geschäftsführung des Ver- bandes brachte von allen Rednern eine Anerkennung. Daß daneben auch mannigfache Wünsche laut wurden, versteht sich von selbst. Der vorliegende Bericht des Vorstandes wurde allgemein als eine Fundgrube für jeden an der Gewerkschafts- arbeit interessierten und in der Agitation stehenden Kollegen bezeichnet.

Ein alter Wunsch tauchte auch diesmal wieder auf, nämlich, daß sich die Mitglieder der Zentralkommission in den entfernteren Jahrestellen mehr sehen lassen möchten. Kollege Kurtzschick konnte darauf verweisen, daß es nicht am guten Willen, wohl aber an Zeit dazu fehle. Neben den laufenden Arbeiten hätten die Tarifbewegungen der letzten Jahre so viel Zeit erfordert, daß die Berücksichtigung dieses Wunsches unmöglich gewesen sei. Für die Zukunft werde ein anderer Zustand kaum erwartet werden dürfen.

Nicht umfangreich war die Debatte über die Opferwilligkeit der Jahrestellen bei der letzten großen Tarifbewegung. Die Delegierten von Berlin, Münster, und Düsseldorf verteidigten die Haltung dieser Jahrestellen, ohne indes bei den Delegierten Gegenliebe zu finden. Berlin hätte den Beitrag nicht herunter sehen dürfen, bevor die Bewegung nicht völlig beendet war. Auch die Höhe des jetzigen Beitrages in Berlin wurde bemängelt. Schließlich wurde für Düsseldorf und Münster Besserung versprochen und schloß dann die ganze Diskussion harmonisch ab.

Die Erfolge des Verbandes, die für die Mitglieder erzielt wurden, gaben dem Kollegen Brune-Hagen zu der Frage Veranlassung, wie es mit der Entlohnung der Verbandsbeamten stehe. Wenn in der Zwischenzeit nichts geschehen sei und die auf dem Verbandstage in Essen festgelegten Gehälter noch in Kraft seien, stehe er nicht an zu erklären, daß hier eine Änderung eintreten habe. Ein von Brune gestellter Antrag auf Einsetzung einer Kommission, die die Anstellungsverhältnisse der Beamten zu prüfen und dem Verbandstage diesbezgl. Vorschläge zu unterbreiten hat, fand einstimmige Annahme.

Ueber die zukünftige Gehaltung unserer Tarifverträge

referiert Kurtzschick. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß sich die Kollegen mit der Zeit an langfristige Tarifverträge gewöhnen müssen. Allerdings läßt sich bei unseren Lohnbewegungen nicht schematisieren. Die Verhältnisse sind insofern zu prüfen, ob ein Tarifabschluß angebracht ist oder nicht. Wo aber Verhältnisse bestehen, die den Abschluß eines Tarifvertrages rechtfertigen, sollte es geschehen. Wo durch die Organisation der Boden bereits so befestigt wurde, daß normale Verhältnisse geschaffen sind, muß darauf gesehen werden, daß Einheitslichkeit in die Tarifverträge kommt.

Bei Bewegungen muß in ruhiger, sachlicher, aber auch planvoller Weise gearbeitet werden. Ungeschicktes Zankieren kann viel verderben. Für große Kämpfe müssen die Kollegen damit rechnen, daß die Unterstützungen auch mal außerhalb des Rahmens des Status festgesetzt werden, wie das jetzt bei uns der Banarbeiter geschehen ist. Die notwendigen finanziellen Angaben für Lohnbewegungen muß eine Jahrestelle immer vollständig besitzen, damit zu jeder Zeit der Zentralvorstand das Material einfordern kann. Es besteht die Absicht, für das Holzgewerbe eine Zentralinstanz, ein Tarifamt zu schaffen, dessen Aufgabe sein sollte, sich mit den Tarifbewegungen zu befassen.

In der Diskussion fand der Gedanke der Errichtung eines Tarifamtes lebhaft Zustimmung. Hervorgehoben wurde, daß es aber zunächst Aufgabe aller Kollegen sein müsse, das „tarifliche Hinterland“ zu organisieren. Andernfalls würden die schon erzielten und die noch zu erringenden Verbesserungen für die Kollegen in den Tariforten in Frage gestellt. Sämtliche Redner, die in der Diskussion sprachen, hielten eine Regelung des Arbeitsnachweiswesens für höchst notwendig. Der paritätisch-obligatorische Facharbeitsnachweis, wie er bereit

in einigen Städten besteht, fand jedoch gar keinen Anklang. Allgemein wurde hervorgehoben, daß es nicht die Aufgabe einer Gewerkschaft sein könne, die persönliche Freiheit des Arbeiters und des Arbeitgebers in der Frage des Arbeitsverhältnisses so zu unterbinden, wie dieses durch die bestehenden obligatorischen-paritätischen Zwangsarbeitsnachweise geschehe. Der Arbeitsnachweis müsse der Ordnung, aber nicht dem Zwange dienen.

Es fand ein Antrag Annahme, der besagt, daß der Zentralvorstand sich eingehend mit der Arbeitsnachweisfrage befassen soll und den Jahrestellen dann Richtlinien in der Form von Leitfäden zu geben hat.

Unsere zukünftige Werbearbeit zur Stärkung des Verbandes

behandelt Beyerz-Cöln. Er gibt die verschiedensten praktischen Winke, wie die Arbeit des Zentralvorstandes, der Bezirksleiter, der Ortsverwaltung, der Vertrauensleute und der Mitglieder vor sich zu gehen hat.

War schon die Diskussion zum Geschäftsbericht lebhaft, so setzte sie jetzt noch besser ein. Es führt zu weit, im Rahmen dieses Blattes die Ausführungen der einzelnen Redner zu zitieren. Nur sei gesagt, daß die Aussprache wohl kaum ausgiebiger sein konnte. Fast alle Branchen und Landesteile fanden ihre Berücksichtigung. Neufert-Groß-Steinheim brach eine Lanze für die Bildhauer, Schwarzer-München für die Korbmacher, Schwan-Karlruhe für die Säger, Dogge-Urdingen für die Arbeiter in den Waggonfabriken, Fregner-Oliva für Ostdeutschland, Werder-Brühl für die Stellmacher, Bauz-Ravensburg für die Bürsten- und Pinselmacher, Müller-Mannheim für die Stellmacher im Automobilbau, Eggeling-Hildesheim für die Fabrikfischer usw.

Den Höhepunkt erreichte die Diskussion indes, als Kollege Stögerwald in längeren Ausführungen große Gesichtspunkte für die Agitation zur Geltung brachte. Wir haben die Agitation nach der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Seite mehr zu vertiefen. Das ist die einzige Möglichkeit, um gegen die sozialdemokratische Bewegung noch besser zur Geltung zu kommen. Die Zusammenhänge des gesellschaftlichen Lebens müssen klar erfasst werden. Die klassenkämpferische Arbeit der Sozialdemokratie ist ein Gefühlsbrausch für eine Utopie. Wir müssen den Massen zeigen, daß nicht die Millionen der sozial. Bewegung im politischen Leben die Fortschritte für den Arbeiterstand schafft, sondern dieses geschieht durch die vordringende Idee der christl. Gewerkschaften. Die Reichsversicherungsordnung ist nicht auf dem Millionentongress der „freien“, sondern auf dem verhältnismäßig kleinen Kongress der christlichen Gewerkschaften in Köln zur Entscheidung gebracht worden. Ähnlich ist's mit der Arbeitskautimervorlage, die ohne die christliche Gewerkschaftsbewegung schon längst erledigt wäre. Wir haben gegenüber der sozial. Bewegung keinen Grund, unsere Prinzipien zu verleugnen. Das ewige Zusammen insbesondere von Kollegen in kleineren Jahrestellen über die viele Arbeit müht uns nichts. Ein Stand, der nicht die Macht in sich fühlt, sich Rechte zu erringen, kann kaum von den gewollten Rechten den richtigen Gebrauch machen; er verdient auch nicht, daß ihm größere Rechte zu teil werden.

Zum Punkt: Agitation nahm der Verbandstag bezgl. der Jugendorganisation folgende Resolution an:

Der 6. Verbandstag in Münster ist der Auffassung, daß für die Jugendorganisation mehr als bisher getan werden muß. Er beauftragt deshalb den Zentralvorstand der Frage der Gewinnung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern näher zu treten und den Jahrestellen in nächster Zeit diesbezügliche Anweisungen zu erteilen.

mit den Menschen, die es tragen, und stirbt mit der Kultur, aus der es erzeugt. —

Und doch: Warum haben die eine solche Jugend? Und warum hat unser Volk nicht solche Kinder? —

Die erzieherische Wirkung der Organisation.

Es wird gar nicht genug gewürdigt, daß in der neuzeitlichen Organisation persönlich erzieherische Kräfte verborgen liegen. Während wir kaum eine Gelegenheit zur Bildungsbeförderung unbeachtet lassen, gehen wir hier oft blind an lebendigen Bildungsträgern vorüber. Daß die Ständesorganisationen die Schul- und Fachbildung fördern, ist nicht einmal das Wichtigste, obwohl sie neuerdings auch hier immer deutlicher ihre zeitgemäßen Aufgaben erkennen. Neben dieser gewollten und geregelten Persönlichkeitsentwicklung, die vielfach von Organisationsgedanken getragen und gefördert wird, liegen für jeden schon in der Tatsache des Sich-in-eine-Gesamtheit-einordnens erzieherische Wirkungen von bedeutendem Umfange. Gerade diese Wirkungen müssen wir für uns Deutscher hoch einschätzen. Wir sind es noch wenig gewöhnt, uns freiwillig selbstgewollten Zwang aufzuerlegen. Wir meinen noch im Allgemeinen, Ordnung und Ehrlichkeit müsse lediglich durch Mittel hervorgerufen und gehäpft werden, die von außen auf uns einwirken. Daß der äußere Zwang mehr und mehr durch einen inneren ersetzt werden muß, das hat uns hauptsächlich erst die Organisation gelehrt. Je weiter sich das Organisationsstreben ausbreitet, je mehr es sich entwickelt und vervollkommenet, desto deutlicher wird man seine indirekten Wirkungen empfinden. Und diese Wirkungen werden im allgemeinen vorteilhafter Art sein, sie werden dazu beitragen, daß der Geist moderner Staatsbürgerlichkeit rascheren Eingang in Deutschland findet, und daß der Geist der Zwitterkraft im Staats- wie im Vereinsleben durch die Allgemeinheit niedergebunden wird.

Nenn von allen Stellen der vielen, aus freier Initiative ins Leben gerufenen Organisationen aus an der Bildung des Gemeinheitsgefühls und des

Erledigung der gestellten Anträge.

Zur Einleitung der Aussprache gibt Kurtzschick einen Ueberblick über die gestellten Anträge und empfiehlt, zunächst in eine Generaldiskussion über das Beitrags- und Unterstützungsweisen einzutreten. Dies geschieht und ist nach längerer Debatte zu ersehen, wie sich bei einer Abstimmung die Sache gestaltet. Eine Beitragserhöhung empfiehlt recht warm Erising-Frankfurt. Er vermochte jedoch nicht durchzubringen. Da auch der Vertreter Münsters, Kollege Kaspar den Antrag der Jahrestelle auf eine Beitragserhöhung zurückzog, war die Sache bald entschieden.

Zur Beitragsfrage wird dann beschlossen:

1. Der volle statistische Wochenbeitrag von 50 Pfg. ist an die Hauptkasse abzuführen.
2. Ausnahmen, die der Hauptvorstand bestimmt, sind zulässig.
3. Den Jahrestellen wird empfohlen, während der Unterstützungszeit die Beiträge aus der Lokalkasse zu zahlen.
4. Von den leistungsfähigeren Jahrestellen wird erwartet, daß sie einen höheren Beitrag als 50 Pfg. pro Mitglied und Woche an die Hauptkasse abführen.
5. Die gefaßten Beschlüsse treten mit dem 1. Juli d. J. in Kraft.

Der Antrag Hildesheim auf Errichtung von Lehrlingsabteilungen erledigt sich durch die angenommene Resolution. Der Antrag der gleichen Jahrestelle auf Anrechnung aller geleisteten Beiträge von übertretenden Mitgliedern in allen Fällen wird abgelehnt.

Abgelehnt werden auch die Anträge, die eine Aenderung der bisherigen Bestimmungen über die Lokalkassen bezwecken.

Ebenso alle Anträge, die eine Verkürzung der Karenzzeit sowie eine Abänderung der Bestimmungen über die Kranken-, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, sowie des Sterbegeldes betreffen.

Die Gewährung der Reiseunterstützung an Ausgelernte, die 26 Wochen dem Verbands angehören, wird als Material zur Jugendfrage dem Zentralvorstand überwiesen.

Ueber die Zweckmäßigkeit der staffelförmigen Gewährung der Tagesätze an reisende Kollegen soll der Vorstand dem nächsten Verbandstage Bericht erstatten.

Der Antrag Mannheim auf eine formelle Aenderung des § 25 des Statuts wird angenommen.

Die Streitunterstützung wird nach den Beschlüssen des Verbandstages für die Mitglieder, die mehrere Jahre dem Verbands angehören, erhöht.

Der Antrag Bochum, daß die Verfügung über die Lokalkasse allein der Jahrestelle zusteht, wird abgelehnt.

Über die Bestimmungen der Wahl des Zentralvorstandes entsteht eine längere Aussprache. Während die Mehrzahl der Redner sich auf den Standpunkt stellt, daß die Jahrestelle Köln keine „Extravurst“ zu haben brauche, befürwortet Bünse-Cöln die Beibehaltung des bisherigen Zustandes, d. h. die Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern durch die Jahrestelle Köln. Andersfalls könne die Jahrestelle die ihr in § 64 des Statuts auferlegte Verantwortung nicht tragen.

Beschlossen wird dann, daß die Wahl des Zentralvorstandes, der sich aus 11 Personen zusammensetzt, von Verbandstage vorgenommen wird. Der Beschluß tritt sofort in Kraft.

Der Antrag Cöln, daß sich der Zentralvorstand bei Ausscheiden eines Mitgliedes selbst ergänzt, wird angenommen.

Sonntag morgen.

Jugendfrohe Stimmen rufen mich aus dem Schlaf. — Ach so — Sonntag morgen — Frankfurter Lieder! — Ich schließe wieder die Augen. —

Aber was sind das für wichtige, riesengroße Melodien? — Bilder aus fernem, fernem Tagen tauchen in mir auf. Da zog ich als blutjunges Studentlein mit „meinen“ Arbeitern und Sandkisten am 1. Mai in aller Frühe hinaus. rote und schwarze Tücher ließen wir an Rebhunden als Fahnen des Aufstrebens flattern. Unsere Proletarier-Lieder schmetterten wir den Bürgern und Bürgerinnen in die verschlafenen Köpfe. Keine Seele, auch kein Polizist regte sich auf über unser revolutionäres Spiel. In ruhiger fatter Zuredenheit badeten sich die wohlhabenden Dörfer in der Morgensonne und spiegelten sich im Züricher See.

Freiheitssehnsucht und Kampfeslust loderten in unseren jungen Herzen. Es war ein großes Lieben und ein großes Hasen, das uns verband über alle Gegensätze des Standes und der Bildung hinweg. Wir glaubten an die Sache des Volkes, bereit, dafür zu sterben. Das idee, trodene Programm des materialistischen Sozialismus schämten wir uns aus mit der ganzen Lauberpracht jugendlich-phantastischer Poesie. — Vorwärts Jugendträume oder jelliger Jugendlaufe? —

Ja, die Zeit da drangen vorüberzogen, sind auch eine Jugendverdrängung. Sie jungen unsere Lieder von damals. Glänzliche Kinder. — arme Volksgeister! Einige Jahre noch, dann wird ihr Ideal von keiner Lebenspraxis erhellen werden sein zum hürren Scheitern einer Agitations-Doktrin, — dann hinstellen sie an Bierisch über Partizipationsgebeten. —

Subelnd und schmerzhaft durchschwärmen sie unser Bewußt, während wir uns zum Frühgottesdienst rühen.

Und können ewige Dackeln der Lauffrost und Menschenliche, sie werden bald hürten. In alle Ewigkeit triumphiert unser Freiheits- und Menschheitsideal über jede possliche Gebundenheit, — das ihre allert

berufs- und staatsbürgerlichen Verantwortlichkeit empfindens gearbeitet wird, dann muß das schließlich nachwirken auf den einzelnen, der eingeordnet ist in eine Organisation und mitarbeitet an einer Arbeit, die einem Ganzen gilt, und diese Wirkung, tausende zehntausende, hunderttausende von Malen vervielfältigt, muß früher oder später mitgestaltend auf die Einrichtungen der nationalen Volksgesamtheit und auf das Wollen der Allgemeinheit eine Kraft ausüben von der alles Beraltete, Morische, dem wirtschaftlichen und nationalen Leben Feindliche, vor dem alles destruktive zurückweichen muß.

Die Berufs- und Ständesorganisationen entspringen wirtschaftlichen Motiven und verfolgen in erster Linie wirtschaftliche Zwecke. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einer Berufsgruppe ist immer der erste Punkt, auf den sich die Aufmerksamkeit und das Streben vereinter Kräfte richten muß. „Hart im Raum stoßen sich die Sachen“, dem Realistischen, Materialen des Lebens müssen auch die Organisationen gerecht werden. Aber das Materielle ist nirgends ohne Einfluß auf das Geistige; es besteht überall eine Wechselwirkung. Wäre es anders, es hätte die ganze Organisationsbewegung der Neuzeit nicht entstehen und sich nicht so entwickeln können, wie sie es tatsächlich getan hat. Gerade das ist das Gesunde an den neuzeitlichen Organisationsbestrebungen, daß sie hervorzurufen aus wirtschaftlichem Boden, und daß sie sich Wurzeln gefaßt haben in diesem Boden. Ein launisches Stimmformen der Erwerbs- und der Wirtschaftformen wird ein langames Stimmformen der Wirtschaftsauffassungen und der damit verwandten staatsbürgerlichen Auffassungen zur Folge haben. Alles aber deutet darauf hin, daß sowohl im wirtschaftlichen als auch im staatsbürgerlichen der Gemeinheitsgedanke größeren Spielraum gewinnt wird. Darum ist es auch der nationalen Volksgesamtheit nützlich, wenn in den Ständesorganisationen immer von neuem wieder betont wird, daß die Bedürfnisse der Gegenwart von jedem ein selbstloses Eintreten für ein Ganzes fordern.

Ebenfalls wird der Antrag Düsseldorf angenommen, der bezweckt, daß nicht nur ein Delegierter zum Verbandstag zu wählen ist, sondern auch ein Ersatzmann.

Zahlstellen, die über 800 Mitglieder zählen, erhalten nach den Beschlüssen des Verbandstages zwei Vertreter. Eine Veränderung des Wahlsystems zum Verbandstage hatte die Zahlstelle Hagen beantragt. Der Delegierte zieht den gestellten Antrag zurück.

Den Antrag Berlin-Dortmund, daß Verbandsangestellte nicht als Delegierte zum Verbandstag gewählt werden können, erledigt der Verbandstag durch Uebergang zur Tagesordnung.

Die Bestimmung des Zeitpunktes des Verbandstages bleibt dem Zentralvorstand überlassen.

Ein früherer Redaktionschluß für das Organ wird abgelehnt.

Der Antrag auf Herausgabe einer Beilage zum Organ für die Tapezierer wird dem Zentralvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Antrag auf Errichtung eines Bezirkssekretariats in Berlin wird angenommen. Den Zeitpunkt bestimmt der Zentralvorstand.

Die Errichtung weiterer Sekretariate wird abgelehnt. Die Anschaffung von Schreibmaschinen für die Bezirksbüros soll der Zentralvorstand in Erwägung ziehen.

Die Schaffung eines Zentralverbandesarbeitsnachweises wird abgelehnt.

Die Anträge auf Bildung eines Ausschusses und einer Kommission werden zurückgezogen resp. abgelehnt.

Ein Antrag Bochum auf Gewährung eines Zuschusses für die Zahlstellen zwecks Agitation im Zahlstellenbezirk wird abgelehnt. Alle sonstigen Anträge, die die Agitation betreffen, werden dem Zentralvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Festlegung des Tagungsortes des nächsten Verbandstages wird dem Zentralvorstand überlassen.

Das gleiche geschieht mit den Anträgen 85-90.

Beschlossen wird dann noch die Einführung einer Militärunterstützung. Die Regelung des Unterstützungsreglement wird dem Zentralvorstand überlassen. Gedacht ist die Sache so, daß ein zum Militär einberufener Kollege zweimal, vielleicht im zweiten Dienstjahr zu Weisnachten und bei seinem Abgange eine Unterstützung erhält.

Die Aufnahme einer Bestimmung ins Statut, daß die vereinnahmten Gelder monatlich an die Hauptkasse einzufenden sind, wird ebenfalls beschlossen.

Im Auftrage der auf Antrag des Kollegen Brune gewählten Kommission erstattet dann Kollege Stegerwald deren Bericht. Es geht daraus hervor, daß die Gehälter, die der Verband seinen Angestellten zahlt, mit zu den niedrigsten gehören, die an Gewerkschaftsangestellte überhaupt gezahlt werden. Die Kommission schlägt deshalb eine Neuregelung in der Weise vor, daß die Anhangsgehälter der Angestellten gegenüber der in Essen gelegenen Stala, sich um 10 Mk. pro Monat erhöhen. Im zweiten Anstellungsjahr steigert sich das Gehalt der Angestellten an der Zentrale ebenso wie das der Bezirksbeamten um 10 Mk. (bisher 5 Mk.) Außerdem werden anstatt 8 Steigerungen à 5 Mk. deren 11 vorgeschlagen. Der Verbandstag stimmt den Vorschlägen einstimmig zu. Die Änderung tritt sofort in Kraft. Allgemein war die Anschauung, daß nur der eine Leistung verlangen könnte, der seine Angestellten auch gut bezahlt.

* * *

Der Gemeinsinn kann aber nicht so bald tief einzuwurzeln im Empfinden und Wollen der Gegenwartsmenschen. „Der Mensch ist zunächst seiner selbst willen da“, sagt Kant. Auch das ist wahr und kann und soll von der Organisation nicht hinweg disputiert werden. Besonders heute wurzelt der persönliche Egoismus noch tief in jedem einzelnen. Das tritt im wirtschaftlichen und staatlichen Leben noch alle Augenblicke mit besonderer Deutlichkeit hervor. Eine engherzige Ueberspannung egoistischer Sonderinteressen aber schädigt die Allgemeinheit. Es ist Recht und Pflicht des einzelnen Staatsbürgers, sein Ich zu behaupten, sich wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Aber immer und überall findet das Eintreten für das Ich eine sittliche Schranke an dem Wohlwollen und Gedeihen einer Gesamtheit. Die neuzeitlichen Wirtschafts- und Volksverhältnisse erfordern mehr, als die Vergangenheit es tat, daß der persönliche und Klassenegoismus in Zucht genommen wird. Sich selbst behaupten, heißt in unserer Zeit auch fast stets ein Ganzes schützen, kräftigen und entwickeln. In diese wichtige Aufgabe wachsen wir täglich mehr hinein. Und deshalb kann in den Organisationen beruflicher Sondergruppen im Volk gar nicht genug Gemeinsamkeitsarbeit gepflegt werden. Aber es hiesse den Gemeinsinn schlecht pflegen, wenn Stände sich gegeneinander absondern wollten. Auf ein näheres Zusammenführen der Einzelgruppen muß von allen Seiten hingearbeitet werden. Es wird nützlich sein, daß überall neben dem Spezialstellen von höheren Gesichtspunkten ein umfassenderes, Allgemeineres gepflegt wird. Das führt die Berufsgruppen und Stände zusammen und macht sie fähig, im allgemeinen Volksinteresse mehr und mehr das öffentliche und staatliche Leben mit verträglichen, ausgleichenden Gemeinflüssen zu durchdrängen. Noch sind die Klassegegensätze und gesellschaftlichen Vorurteile

Das Knebel'sche Referat über Gesundheitliche Gefahren im Holzgewerbe und deren Bekämpfung

wurde am Samstag vormittag erstattet. Kollege Knebel-Elsfeld führte ungefähr aus:

In keinem Gewerbe treffen die beiden Gefahrengebiete, Gesundheits- und Unfallgefahr so zusammen wie im Holzgewerbe. Für die Erkennung der Berufsfrankheiten ist ja doch noch wenig getan. Das Ringen und Kämpfen um bessere materielle Arbeitsbedingungen wird aber teilweise illusorisch gemacht, wenn es den Berufskollegen unmöglich ist, infolge schlechter Gesundheitszustände die errungenen Vorteile zu genießen. Ueber die Bedeutung des Holzstaubes als Krankheitsursache, in seiner Einwirkung auf den inneren Organismus, ist man sich im allgemeinen noch nicht recht klar. Nach Berichten von Krankenkassen und Behörden entfallen aber auf 100 Todesfälle im Holzgewerbe 43, 50, 61 und sogar 75 auf Lungenerkrankungen.

Die Verarbeitung gesundheitschädlicher Materialien und Hölzer ist weit größer, als für gewöhnlich angenommen wird. Mehr als unter den deutschen Hölzern befinden sich unter den fremdländischen schädliche. Von sonstigen Materialien wirken gesundheitschädlich verschiedene Arten Weizen und der im denaturierten Spiritus enthaltene Piridin. In der Bürsten-Industrie bildet der Milchbrand eine große Gefahr.

Bei den Betriebsrichtungen ist die Luftzirkulation von Bedeutung. Die Luft eines Arbeitsraumes von 3 Quadratmeter pro Arbeiter ist nach einer Benutzung von einer Stunde nicht mehr gesund. Das künstliche Licht wirkt verschieden gesundheitschädlich auf die Zusammenfassung der Luft ein. Verlangt werden müssen staubfreie Aufbewahrungsräume für die Kleidung und besondere Räume. Der Ueberhitzung der Luft muß vorgebeugt werden durch Feuchterhaltung. Das geschieht noch zu wenig und leiden deshalb die Holzarbeiter mehr als andere Berufe an Erkältungen.

Die Unfallgefahr ist sehr groß. Trifft nach den Berichten der Berufsgenossenschaften im Durchschnitt auf jeden 28. versicherten Arbeiter ein Unfall, so im Holzgewerbe auf jeden 19. So sehr man sonst zur Erhaltung der individuellen Tüchtigkeit der Arbeitsteilung nicht das Wort reden kann, empfiehlt sich wegen der Unfallgefahren hier doch eine Trennung zwischen Hand- und Maschinenarbeit.

Als methodische Bekämpfung der Gefahren kommen in Betracht die Durchführung des Arbeiterschutzes durch die Gewerbeinspektion und die Selbsthilfe der Arbeiter durch die Organisation. Dazu kann der einzelne Arbeiter wesentlich dazu beitragen, daß die Gefahren geringer werden. Die organisierte Selbsthilfe muß ergänzt werden durch die Selbsterziehung zur Persönlichkeit im geistigen Leben. Weil es aber unmöglich ist, die Gefahren der Staubentwicklung und der nervenzerrüttenden Arbeit durch gute Nahrung und allerlei Schutzmaßnahmen zu beseitigen, dieneil sie in der Natur des Gewerbes liegen, muß ein anderes Mittel gewonnen werden, mit dem man diesen Gefahren beikommen kann. Das ist die Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie durch die Gewerkschaft erstrebt wird. Daraus ergibt sich, daß die Organisation an ihrem Teil ein erhebliches für die Gesundheit der Berufskollegen tut, wenn sie mit Nachdruck auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinarbeitet.

Unsere Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit ist keine Prinzipien- sondern eine Kulturfrage, die sich nach der Zweckmäßigkeit für das zu erreichende Ziel richtet, in diesem Falle die Erreichung einer gleichen durchschnittlichen Lebensdauer für die Angehörigen des Holzgewerbes. Möge Liebe zum Leben und Treue zur Organisation dazu beitragen, daß

groß in Deutschland, größer als in anderen fortschrittlich gesinnten Ländern. In diesen unseren nationalen Fehlern wurzeln viele uns drückende und am Vordwärtkommen hindernde Schäden. Es ist, wenn überhaupt, wohl nur vom Boden neuzeitlicher Organisation aus möglich, solchen engherzigen, lebensfeindlichen Geist, der überall Schwierigkeiten und Feindseligkeiten verursacht, zu vertreiben. Er paßt längst nicht mehr für unser nach allen Richtungen hin sich kräftig entwickelndes Volk. Wir müssen uns selbst zu freierer, vorurteilsloser Lebensauffassung und zu größerer Achtung vor persönlich-eigenartiger Fähigkeit, sowie zu allgemeinerer, optimistisch-vertrauender Menschen- und Volksbeurteilung erziehen. Wenn das die Organisationen im Kleinen tun, dann wirds bald auch immer deutlicher im Großen, in allgemeinen nationalen Rechts- und Wirtschaftsfragen möglich sein.

Die Weltanschauung der Sozialdemokratie.

ein Hindernis für das Aufsteigen des Arbeiterstandes. Oft behaupten die Anhänger der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung das Christentum sei ein Hindernis für das Aufsteigen des Arbeiterstandes und die Grundanschauung der Sozialdemokratie allein geeignet, die Menschheit glücklich zu machen. Das Gegenteil ist richtig.

Bekanntlich steht die Sozialdemokratie auf dem Boden des Materialismus, dem alles nur Stoff ist; sie leugnet hiermit das Vorhandensein Gottes, einer unsterblichen Menschenseele, eines Weiterlebens und einer Vergeltung im Jenseits. Nach ihrer materialistischen Gesichtsauffassung gibt es nichts Unveränderliches; alles ist in einem fortwährenden, nie zum Abschluß kommenden Entwicklungsprozess begriffen; alles in der Welt ist nur Stoff und das Produkt einer natürlichen Entwicklung. Sie leugnet deshalb auch das Bestehen feststehender unwandelbarer Sittengebote.

Diese Grundanschauung der Sozialdemokratie steht der Grundanschauung des Christentums mit seiner

die anormalen gesundheitlichen Zustände im Holzgewerbe zu normalen werden.

An der Diskussion beteiligte sich neben den Kollegen Eggeling, Böhmke, Schopohl, Schwarzer, Kunkel, Werder und Meyer, auch Herr Gewerberat Dr. Förster. Er hat um eine tatkräftige Mithilfe der Arbeiterschaft zur Durchführung des Arbeiterschutzes.

Zum Vortrag gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die spezial-technische Behandlung der gesundheitlichen Gefahren in den einzelnen Gewerben ist Sache der Fachorganisationen. Demgemäß hat der Zentralverband christlicher Holzarbeiter neben seinem Streben nach besseren Arbeitsbedingungen die Aufgabe, die Berufsgefahren im Holzgewerbe zu bekämpfen. Dazu bedarf es einer systematischen Aufklärung unter den Berufskollegen.

Der 6. Verbandstag wünscht daher, daß durch Vorträge in den Zahlstellen und durch Verbreitung geeigneter Schriften die Aufmerksamkeit auf diese Frage gelenkt wird, damit ein erhöhter Selbstschutz gegen die Gefahren für Gesundheit und Leben eine größtmögliche Herabminderung derselben herbeiführt.

In gleicher Weise ist auf die Beachtung und Anwendung bestehender Schutzvorschriften hin zu wirken, denn die besten Schutzmaßnahmen bleiben erfolglos und kann ein weiterer Ausbau derselben, der entsprechend der technischen Fortschritte im Gewerbe zu erstreben ist, nicht gefordert werden, wenn bestehende Bestimmungen von den zunächst beteiligten, den Arbeitern, nicht angewandt werden. Eine zweckdienliche Unterstützung der Gewerbeaufsicht durch die Organisation und deren einzelne Mitglieder wird sehr häufig geleistet werden können.

Endlich muß von den Holzarbeitern erwartet werden, daß sie in der Erkennung der großen Berufsgefahren ihren Körper nicht unnötigen sonstigen gesundheitlichen Gefahren (Alkoholmißbrauch u.) aussetzen. Sie sollen in edlen Sport und Spiel, in angemessenen geselligen Verkehr, in Benutzung guter Bildungsgelegenheiten, die für den Körper und Geist gleich notwendige Erholung suchen und dadurch neben der Abhärtung des Körpers gegen die Berufsgefahren zugleich sich eine für das materielle Fortkommen unentbehrliche Berufsfreudigkeit erhalten. Zudem muß eine nach Gleichberechtigung ringende Arbeiterschaft zu wachsender geistiger Reife gelangen. Die Erziehung der Arbeiter zu charaktervollen Persönlichkeiten ist darum eine Aufgabe der Organisation; eine Rückwirkung auf die materiellen Lebensverhältnisse ist damit verbunden und wird der Organisation die Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages damit wesentlich erleichtert.

Die Organisation schafft somit nicht nur materielle, sondern hohe Kulturwerte, indem sie in gleicher Weise für die Hebung der materiellen und geistigen Lage ihrer Mitglieder eintritt.“

* * *

Wie vorgelesen, referierte Herr Architekt Urner, Lehrer an der Tischler-Fachschule Detmold (Direktion Brecht) über: „Die Arbeiterschaft und die künstlerische und technische Entwicklung des Holzgewerbes.“

Der Redner ist vielen unseren Kollegen kein Unbekannter, da er früher selbst Schreiner war und als solcher unserem Verbände als Mitglied angehörte. Für die Behandlung des Themas hatte der Referent folgende Leitsätze aufgestellt:

1. Im deutschen Kunstgewerbe, vornehmlich auch in der Holzindustrie vollzieht sich ein bedeutender Fortschritt, den man mit dem Weg zur Qualitätsarbeit bezeichnen kann.
2. Dieser Fortschritt zeigt sich in technischer und künstlerischer Beziehung.
3. Im Holzgewerbe setzt diese Entwicklung besonders stark ein, weil ein edles Material (das Holz) verarbeitet wird.
4. Unterstützt werden die Bestrebungen durch die allgemeinen Bestrebungen zur Förderung des Kunstgewerbes, durch Künstler, Schulen, Staat, Gemeinden und Korporationen.
5. Auch die Arbeiterschaft hat die Aufgabe diese Bestrebungen zu unterstützen aus idealen und auch aus materiellen Gründen.
6. Die Hebung des Holzgewerbes geht parallel mit der Wohnungskultur und damit auch mit der Kultur im allgemeinen und der Verebelung der Lebenshaltung im ganzen.

lehre von einem Schöpfer, einer unsterblichen Menschenseele, einer Vergeltung im Jenseits und seinen feststehenden, für alle Menschen und in mer geltenden Sittengeboten diametral gegenüber. Durch ihre Grundanschauung ist die Sozialdemokratie zum Kampf gegen das Christentum geradezu gezwungen.

Die „freien“ Gewerkschaften sind geistig eins mit der Sozialdemokratie, sie stehen auf demselben materialistischen, christentumsfeindlichen Standpunkt wie diese; sie können deshalb ebensowenig wie die politische Sozialdemokratie ein feststehendes Sittengebot anerkennen; sie müssen deshalb Anhänger des sozialdemokratischen Klassenkampfes sein, d. h. sie halten nicht das Recht — mit der Leugnung Gottes und feststehender Sittengebote verliert man ja den Boden für jedes Recht —, sondern die Macht für das Höchste und Entscheidende. Mit welchem Recht aber kann ein auf diesem Standpunkt stehender Arbeiter Anerkennung seiner Menschenwürde, einen gerechten Lohn usw. verlangen? Mit welchem Recht will er sich beklagen, wenn ihn der auf demselben Standpunkt stehende Arbeitgeber nicht als ein höheres Wesen, als Mensch, sondern nur als Stoff, als ein höher entwickeltes Tier betrachtet, ihn ausbeutet und auspreßt wie eine Zitrone, solange er dazu die Macht hat? Und was wären die Folgen, wenn alle Erwerbsstände diesen materialistischen Klassenkampf-Standpunkt konsequent vertreten würden? Es würde ein brutaler rücksichtsloser Kampf aller gegen alle entstehen, der die schlimmsten Folgen für unser ganzes Wirtschaftsleben, für alle Stände, besonders aber für den schwächsten, den Arbeiterstand, nach sich zöge.

Wie viel schöner und nützlicher ist da der Standpunkt des Christentums mit seiner höheren Einschätzung des Menschen und seinen für alle geltenden Sittengeboten. Nach seiner Lehre darf nicht die Macht, sondern muß das für alle geltende Recht das Höchste, das Entscheidende sein; die Macht darf und soll nur dazu dienen, um das Recht zur Durchführung zu bringen. Jedem Menschen sind hier für sein Tun und Treiben Grenzen gesetzt, deren Einhaltung dem wirklichen Wohle der Allgemeinheit dient.

7. Der Holzarbeiter ist auch in der Lage auf die vorgezeichnete Entwicklung bedeutend einzuwirken.

Deutschland war früher in der qualitativen Arbeitsleistung seines Gewerbes sehr zurück. Den deutschen Erzeugnissen galt das Prädikat „billig“ und „schlecht“.

Wir sind heute soweit, daß im Holzgewerbe eine echt deutsche Arbeit geliefert wird, die materialrecht und materialgerecht ist. Selbst einfache Sachen verdienen dieses Prädikat.

Selbst die Maschine dient heute nicht mehr allein der Herstellung von Massenware, sondern wird zur individuellen Arbeitsleistung mitherangezogen.

Eine vor kurzem in Deutschland weilende chinesische Studentenkommision erklärte, sie habe den Eindruck gewonnen, daß die deutschen Möbel als Gebrauchsgüter für den Gebrauchszweck hergerichtet seien.

Die Einfachheit der Formen wurde allerdings manchmal schon übertrieben. Heute sieht man indes ein, daß das Anbringen von schlichten Hierstücken durchaus nicht zu verwerfen ist.

Die Hebung des Gewerbes geht parallel mit der Hebung des allgemeinen Wohlstandes. Mit letzterem wachsen die Wohnungsbedürfnisse.

Um den Geschmack des Volkes zu bilden und die Qualität der Arbeit zu fördern, wirkt recht rühmig der deutsche Werkbund. Heute sucht gar der Kaufmann eine künstlerische Ausbildung.

Die Künstler vermögen aber allein nichts, wenn nicht Fabrikanten und Arbeiter ihre Aufgabe ausführen. Auch das Verständnis der Arbeiter für die Aufgaben des Gewerbes hat sich merklich gehoben.

Im Bereiche finden wir den Mangel der Lebens- und Arbeitsbedingung. Die Frauen wir uns nicht, wenn wir in unserer Umgebung eine, wenn auch bescheidene Gebiegenheit finden.

Die Berechtigung der Erzeugnisse eines Gewerbes wird aber auch auf eine Verbesserung des Lohnverhältnisses der Arbeiter hin. Der Stand des Gewerbes ist ein Spiegelbild der gesamten Kultur.

Große Aufgaben stehen dem Gewerbe noch bevor; besonders der Arbeiterschaft. Sie muß noch viel mehr Freude an Schönen im Beruf gewinnen und ihren Geschmack durch den Besuch von Ausstellungen, durch Fachzeitschriften, Schulen und Vorträge zu verbessern suchen.

Seit der Hebung der qualitativen Arbeit sind Submissionskündungen im Wege. Alle Anzeichen deuten jedoch auch hier darauf hin, daß es besser wird.

Für die Arbeiterschaft gilt heute mehr denn je, nicht nur Submissionskündungen zu treiben, sondern auch Gewerkepolitik. Arbeiten die Berufsberechtigten in dieser Weise, dann haben sie damit

die Kultur und sind damit Kulturträger im wahren Sinne des Wortes.

In der Diskussion über den Vortrag beteiligte sich hervorragend Kollege Erling-Frankfurt, der vor allem die Mitwirkung der Verbandsmitglieder zur Bekämpfung des Einrichtungsleides der Arbeiterschaft forderte.

Zur demnächst erscheinenden Protokoll finden die Ausführungen des Referenten und des Kollegen Erling eine ausführliche Wiedergabe.

Wahl des Zentralvorstandes und der Revisoren.

Als erster Vorsitzender wird Kollege Kurtscheid-Cöln per Akklamation wiedergewählt.

Kollege Schwarzer-München macht dann im Auftrage der Bezirksbeamten Vorschläge für die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder. Als 2. Vorsitzenden schlägt er Kollege Stedem-Düsseldorf vor.

Die Wahl der Kollegen Wid und Beyers erfolgt dann ebenfalls per Akklamation einstimmig.

Als 2. Vorsitzenden wird durch geheime Wahl Stedem-Düsseldorf mit 19 Stimmen gewählt. Knebel erhielt 5, Schid 2 Stimmen.

Bez. der übrigen Vorstandsmitglieder werden die mannigfachen Wünsche über die Berücksichtigung einzelner Zahlstellen und Branchen geäußert. Während anerkannt wird, daß der bisherige Zentralvorstand in vollstem Maße seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat, wird doch gewünscht, daß die Zahlstelle Cöln nicht mehr in dem Umfang wie bisher die Mitglieder des Zentralvorstandes stelle.

Bezüglich der Wahl der Revisoren stellt sich Bunse-Cöln auf den Standpunkt, daß nach Änderung der Bestimmungen über die Wahl des Zentralvorstandes die Zahlstelle Cöln die Verantwortung, die ihr laut Statut auferlegt sei, nicht mehr tragen könne.

Gewählt werden als Revisoren die Kollegen: Josef Rothhoff-Köln, Bernhard Siepmann-Gelsenkirchen, Joh. Pella-Eberfeld, Aloys Heinholt-Düsseldorf. Als Ersatzrevisoren werden gewählt die Kollegen Clemens Wellmann-Bonn und Rudolf Boigt-Düsseldorf.

Zum Punkt: Verschleudern

wird der Antrag einer Genossenschaft auf Gewährung eines Hypothekentapitals abgelehnt.

Der Zentralvorstand wird beauftragt, die Angelegenheit mit der Zahlstelle Düsseldorf betreffend Tilgung der Streitschulden aus dem Jahre 1905 in irgend einer Weise zu regeln.

Schid-Bochum kauft den Lauf der Beamten für die Neuregelung der Anstellungsverhältnisse ab und bietet, in den Zahlstellen auch für die Lokalbeamten etwas zu tun.

Kerkeling-Gelsenkirchen wünscht mehr Klarheit in der Organisationsfrage der Modellstreiker.

Rehr-Berlin wünscht Aufklärung darüber, ob der Zahlstelle Berlin der Zuschuß für das Lokalsekretariat entzogen werde. Der Verbandstag überläßt die Regelung dieser Frage

dem Zentralvorstand. Ueber die Opferwilligkeit der Berliner Kollegen entsteht erneut eine Debatte.

Neufert-Groß-Steinheim dankt dem Zentralvorstand, der jetzt zwei Jahre die Geschicke des Verbandes geleitet habe. Der Verlauf des Verbandstages habe wohl gezeigt, daß man alleseitig mit ihm zufrieden gewesen sei.

Bunse-Cöln dankt der Zahlstelle Münster für die gute Aufnahme, die die Verbandstagsteilnehmer hier gefunden.

Das Schlusswort spricht dann Kurtscheid. Er gibt einen Ueberblick über den Verlauf der Tagung. Mit der durch den Verbandstag abgeschlossenen Berichtsperiode haben wir eine Zeit hinter uns, die für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ungünstig war.

Jetzt stehen wir vor einem Ausfließen des Wirtschaftslebens und erwächst uns die Pflicht, so zu arbeiten, daß wir weiter vorwärts kommen. Wir müssen uns des Ernstes der Situation bewußt sein. Auf uns, den Teilnehmern des Verbandstages, ruht eine schwere Verantwortung. Zeigen wir deshalb den Willen und die Kraft, unsere Sache hochzubringen.

Mit einem begeisterten dreimaligen Hoch auf den Zentralverband christlicher Holzarbeiter findet der Verbandstag dann seinen Schluß.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909.

In der Gewerkschaftsbewegung gehen wirtschaftliche Niedergangsperioden nicht spurlos vorbei. Sie hemmen die organisatorische Initiative, unterbinden die agitatorische Stoßkraft und bannen manchen wankelmütigen Mitgliedern zum Anlaß wieder aus dem Kreis der gewerkschaftlichen Streiter auszu-treten.

Reichsfinanzreform

Erinnert zu werden. Ist schon die Aufbündung einer halben Steuermilliarde wenig geeignet, bei einem Volke, insbesondere bei dem minderbemittelten Teile desselben, Begeisterung auszulösen, so taten die politischen Begleiterseinerungen, unter denen die letzten Reichsteuergesetze verabschiedet wurden, das übrige, um weitgehende Bestimmung im Volke hervorzu-rufen.

Infolge des Umstandes, daß erst seit wenigen Jahren christliche Gewerkschaftler den Parlamenten angehören, war das Verhältnis derselben zu den politischen Parteien einerseits und den christlichen Gewerkschaften andererseits noch keineswegs genügend geklärt.

Table with 4 main columns: Organisation, Einnahmen, Ausgaben, Vermögen. It contains detailed financial data for various organizations and their branches across different regions.

icht. Diese Möglichkeit wäre ohne weiteres gegeben bei dem Vorhandensein einer christlichen Arbeiterpartei. Eine solche existiert aber bekanntlich nicht und hat auch in Deutschland keine Aussicht, verwirklicht zu werden. Soziale und wirtschaftliche Ziele allein vermögen auf die Dauer keine ausreichende parteibildende Kraft auszuüben. Und in ideellen und nationalen Fragen besteht zwischen der christlich-nationalen Arbeiterpartei und den Parteien, mit denen sie Fühlung hat, oft durchgehends Übereinstimmung. Mit einer kleinen einflusslosen Fraktion wäre aber auch der christlichen Arbeiterpartei nicht gedient. Und neben der Sozialdemokratie noch eine besondere Arbeiterpartei bilden zu wollen, liegt, bei einem normalen Verlauf der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands, weder im Bereich der politischen Möglichkeit, noch der parlamentarischen Zweckmäßigkeit. Gehören aber Mitglieder der christlichen Gewerkschaften den vorhandenen bürgerlichen Parteien an, so können sie, von den für die Arbeiterbewegung grundsätzlichen Fragen abgesehen, nicht immer in den politischen Situationen, die dem extremen Arbeiterstandpunkt nicht zusagen, ihre eigenen Wege gehen. Ein solches Verhalten könnte und würde sich auf die Dauer keine bürgerliche Partei bieten lassen. Wenn eine Fraktion ihren Mitgliedern häufiger Disziplinwidrigkeiten gestatten wollte, so könnten diese schließlich auch den Wählermassen nicht verwehrt werden. Wohin das führen würde, liegt auf der Hand. Ohne Disziplin, teilweise selbst eiserne Disziplin, ist insbesondere in kritischen Situationen kein Organisations- und Parteigebilde zu fruchtbarer Arbeit fähig.

Dann darf man sich auch nicht einbilden, daß etwa Abzweigungen, die bei unangenehmen Situationen — und solche bleiben bei der versplitterten Parteimassen in Deutschland, wo in jeder Mehrheitsabteilung 3, 4 und 5 Parteien notwendig sind, keiner Partei, die praktische Politik betreiben will, erpart — stets außerhalb der Reihe tanzen oder sich vorbeizutänzen suchen, zu parteipolitischen oder parlamentarischen Einfluß gelangen könnten. Eigenbrödlere können im politischen Leben sich auf die Dauer ebensowenig durchsetzen, als ihnen es in der Gewerkschaftsbewegung möglich ist. Und mit völlig einflusslosen Abgeordneten aus ihren Reihen wäre gewissermaßen der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht im mindesten gedient.

Ein nach dem vorher Gesagten nicht einmal empfehlenswerter Versuch der Bildung einer christlichen Arbeiterpartei würde die christliche Arbeiterbewegung von dem ablenken, was zunächst nochtut:

Konzentration der Kräfte zu energischer gewerkschaftlicher Arbeit und zur Sammlung größerer Massen.

Die christliche Arbeiterbewegung ist noch viel zu jung, um zu verlangen, daß in nächster Zeit noch mehr Kräfte politisch und parlamentarisch festgelegt und der Organisationsarbeit entzogen würden. Nicht damit lassen sich die Bewegungen der christlichen Arbeiterbewegung durchsetzen, daß eine Duzend christliche Gewerkschaftler mehr oder weniger in verschiedenen Parlamenten und Gemeindevertretungen angehören, — daß einige Kollegen in allen Gesetzgebungsinstitutionen dazwischen sitzen, erscheint zweckmäßig und selbstverständlich —; viel bedeutsamer und wichtiger ist vielmehr, daß ein sozialer Umdenkungsprozeß herbeigeführt wird. Und dies wird umso eher gelingen, je mehr die christliche Arbeiterbewegung Massenbewegung wird, und je energischer und zielbewusster sich die Erziehungs- und Bildungsarbeit unter der christlichen Arbeiterschaft vollzieht. Was wir aussprechen wollten, ist: Keine Unter-, aber auch keine Uebererschätzung der parlamentarischen Tätigkeit.

So einfach, wie sich fast allgemein die sozialdemokratische Agitation die komplizierten und verstrickten Zusammenhänge in Staat und Volkswirtschaft zurechtlegt, liegen eben die Dinge nicht. In dem verhältnismäßig kleinen Staatswesen Baden, in dem es keine große Wirtschafts- und Weltpolitik zu machen gibt und die Sozialdemokratie stärker als sonstwo gezwungen ist, etwas in praktischer Politik zu machen, ist dem dortigen Sozialistenführer Kolb schon jetzt folgende Erkenntnis aufgefliegen, die er in den Sozialistischen Monatsheften (Nr. 9 u. 10) zum besten gibt:

„Der Hauptmangel in der Politik unserer Partei besteht darin, daß das agitatorische Element in ihr eine zu große Rolle spielt. Die Partei sollte mit aller ihr zu Gebote stehenden Energie in den nächsten Jahren politische Erziehungsarbeit leisten, sonst werden ihr zunehmend größere Schwierigkeiten in den Parlamenten begegnen. Das Problem der politischen Erziehung ist in Deutschland nachgerade für alle Parteien werdend geworden, namentlich aber für die Parteien der Linken. — Vor allen Dingen muß man daher die Parteien selber politisch denken lehren.“

Herr Kolb bleibt einstweilen zweifellos Prediger in der Bänke; denn die von ihm geforderte „politische Erziehungsarbeit“ ist ja in der heutigen Sozialdemokratie gar nicht möglich ohne eine vollständig neue, die seitberige vierzigjährige sozialistische Agitationsmethode umwälzende Denkweise. Als vor Jahren die Kölner Sozialdemokratie die Vertretung in den Krankenkassen zu erobern suchte, wurde als prägnante Wahlparole die Forderung nach „freier Arztwahl“ aufgestellt; jetzt, wo die meisten Kölner Krankenkassen durch sozialdemokratische Vertreter besetzt sind, sind diese die geschworenen Gegner der freien Arztwahl. Die Wirklichkeit ist eben die schärfste Gegnerin jeder demagogisch aufgepumpten Agitation. Durch sozialdemokratische Agitationsanträge und Reden in den Parlamenten darf sich sonach die christliche Arbeiterschaft weder verblüffen noch verwirren lassen.

Sowohl bei der Frage der Reichsfinanzreform, wie auch bei dem preussischen Wahlrechtsstreit suchte die sozialdemokratische Agitation die christliche Gewerkschaftsbewegung politisch zu engagieren.

Etwas aus sachlichen Gründen? Nicht im entferntesten! Niemand glaubt daran, daß, falls die christlichen Gewerkschaften sich bei beiden Anlässen politisch engagiert hätten, das Interesse der Arbeiter gelegene Änderungen

hätten herbeigeführt werden können. In solch erregten Zeiten erweisen sich eben politische Einflüsse stärker als jene wirtschaftlicher Organisationen. Das hat sich selbst im sozialdemokratischen Lager bewährt. Obwohl die Sozialdemokratie sich als Arbeiterklassenpartei geriert, hat sie bis vor wenigen Jahren gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, die doch nur aus Arbeitern gebildet ist, in allen Fragen für sich die Priorität beansprucht. Und stets erwieb sich der Einfluß der sozialdemokratischen Partei stärker als der der Gewerkschaftsbewegung. Das ist eklatant in die Erscheinung getreten gelegentlich des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905) bei der Frage der Maifeier und des politischen Massenstreiks. Obwohl die Maifeier offenbar viele wichtige gewerkschaftliche Aktionen durchkreuzte, fühlte sich der Kölner Gewerkschaftskongress nicht stark genug, einen Beschluß gegen deren Aufhebung herbeizuführen. Und auch bei der Diskussion des Generalstreiks erwiesen sich die sozialdemokratischen Parteiorganisationen und die Parteipresse als einflussreicher, wie die Führer der Gewerkschaften und die Gewerkschaftspresse. Wenn nun selbst im sozialdemokratischen Lager, zur Zeit als deren Gewerkschaften schon über 1 1/2 Millionen Mitglieder verfügten, derartige Tatsachen in die Erscheinung traten, wieviel schwieriger liegen dann die Verhältnisse innerhalb bürgerlicher Parteien, wo nicht Arbeiter gegen Theoretiker und politische Schulmeinungen, sondern häufig gegen andere Volksschichten und Interessengruppen ankämpfen und sich schrittweise durchzusetzen bestrebt sein müssen, wobei dann ferner insbesondere noch zu berücksichtigen ist, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung heute noch nicht über 1 1/2 Millionen, sondern erst über rund 300 000 Mitglieder verfügt!

Einstweilen konzentrieren die christlichen Gewerkschaften einmal ihre Kraft auf die Bessergestaltung der Arbeitsbedingungen. In dem Maße, in dem die christliche Gewerkschaftsbewegung Massenbewegung wird, steigt ganz von selbst auch ihr Einfluß im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben. Dann wird er zweifellos auch nach den verschiedensten Richtungen hin noch weit mehr als bisher zugunsten der Lohnarbeitenden Klassen in die Waagschale geworfen werden. Die Verstärkung ihres Einflusses suchen allerdings die christlichen Gewerkschaften auf einem anderen Wege zu erreichen, als auf demjenigen, den seither die Pirch-Dunker'schen Gewerkvereine eingeschlagen. Diese glauben die Arbeiterinteressen dadurch am besten wahrgenommen zu haben, daß sie zu allen möglichen und unmöglichen Fragen in abgerundeten Resolutionen und Petitionen Stellung nahmen, um dann, wenn ihren Wünschen nicht entsprochen wurde, nach sozialdemokratischer Manier die „reaktionären Parteien“ herunterzumachen. Die christlichen Gewerkschaften dagegen suchen überall dazwischen zu dringen und in den jeweiligen Situationen, meistens ohne großen öffentlichen Spektakel, herauszuholen was möglich ist. Mit dem ewigen Raisonnieren gegen die „reaktionären bürgerlichen“ Parteien kommt die nichtsozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands nicht vorwärts. Damit verleidet sie ihren Anhängern höchstens in den einzelnen Parteien die mühsame Durchsetzungsarbeit und löst auf die Dauer unter der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft eine allgemeine Parteiverachtung aus, zum alleinigen Vorteile der Sozialdemokratie.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat sich aus schwerwiegenden Gründen ihre eigene gewerkschaftlichen Organisationen geschaffen. Sie wollte ihre berufswirtschaftlichen Interessen mit Entschiedenheit wahrnehmen, ohne dabei zum Verräter an ihren religiösen und nationalen Idealen zu werden, für die der christlich denkende Arbeiter nicht minder große Opfer zu bringen bereit ist, wie für die Verbesserung seiner sozialen und wirtschaftlichen Lage. In diesem Gedankengang kann man sich allerdings im sozialdemokratischen Lager so außerordentlich schlecht hineinfinden. Der Teil der Arbeiterschaft indes, der auf diesem Boden steht, muß und wird auf die Dauer zur Erkenntnis kommen, daß es für ihn keine andere Möglichkeit, gibt, als sich innerhalb der bestehenden Parteien politisch zu betätigen. Daß bei dieser Tätigkeit sich größere Schwierigkeiten aufürmen ist richtig. Aber schließlich ist es doch besser, man arbeitet an der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten mit, als daß man sich nach dem politischen Rezept der Sozialdemokratie trotzig isoliert und mit diesem Verhalten den Arbeitern nicht selten selbst den Weg zu praktischen Erfolgen verbarrikadiert.

Die sozialdemokratische Agitation betrachtet allerdings diesen Teil der Bestrebungen der christlichen Arbeiterschaft als „Halbheit und politische Hilflosigkeit“. Daß aber nach sozialdemokratischer Art, die an den Gegenwartskampf hohe Forderungen stellt zur gleichen Stunde, wo sie demselben Gegenwartskampf die Mittel zu seiner Existenz verweigert, der Lohnarbeiterschaft nicht zu politischem und gesellschaftlichem Einfluß verholfen wird, darüber wird man sich gerade unter den fähigsten Köpfen innerhalb des sozialdemokratischen Lagers mit jedem Tage klarer. Die so Denkenden vermindern sich indes gegenüber der Agitationsphrase nicht durchzusetzen. Wir fragen ferner: wäre vielleicht den deutschen Arbeitern für die Gegenwart und die nächste Zukunft damit gedient, wenn sie geschlossen im sozialdemokratischen Lager und auf dem Boden der doktrinareren sozialdemokratischen Politik ständen? Ganz im Gegenteil!

Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb einmal vor nicht langer Zeit (Nr. 165/06): „Heute wird in Deutschland die Reichspolitik viel mehr durch die geringe Zahl kerikaler Arbeiter beeinflusst, als durch die ganze sozialdemokratische Masse; ... sie (die christlichen Arbeiter. D. B.) bilden

die eigentliche Stütze des Reichstagswahlrechtes.“

Ist es weiter etwa Zufall, daß die Scharfmacher und Reaktionsäre — also die extremsten Gegner der Arbeiter — den Tag geradezu herbeisehnen, an dem die christliche Gewerkschaftsbewegung von der Bildfläche verschwinden bezw. in der sozialdemokratischen aufgehen möchte?

Das „Berliner Tageblatt“, das den christlichen Gewerkschaften alles eher als freundlich gegenübersteht, sagte in seiner Nummer 244/10 sehr richtig:

„Wohl hassen die Schlotzjunker die Sozialdemokratie, die die Arbeiterschaft politisiert und die Hände „von ebendem zu einheitlichem Handeln zusammengefäßt“ hat. Aber inniger und herzhafter noch als die Sozialdemokratie hassen sie die christlichen Organisationen der Arbeiter. Denn die haben ihnen das Konzept des Kampfes gegen den „inneren Feind“ verbrohen. Wie bequem und wirkungsvoll ließ sich der wirtschaftliche Kampf vor dem doch auf politischem Gebiete führen! Die Sozialdemokratie „atheistisch, antinational und revolutionär!“ Wie einfach ließ sich daraus der Begriff der „Ordnungsparteien“ ableiten. Wie überzeugend klang die biedere Forderung, gegen den „inneren Feind“ mühten alle zusammenzutreten und um der staatlichen Ordnung willen hätten auch liberale Parteien die reaktionärsten Gesetze zu bewilligen! All das zieht nicht mehr, seit es starke christliche Organisationen gibt, die kirchlich, national und monarchisch gesinnt sind und die wirtschaftlichen Kämpfe gelegentlich doch Seite an Seite mit der Sozialdemokratie durchsetzen.“

Aus der Verbindung mit bürgerlichen Parteien entstehen also den Arbeitern nicht bloß gewisse Schwierigkeiten, sondern auch eine Anzahl nicht zu unterschätzender Vorteile. Die Scharfmacher würden in Deutschland bei der gegenwärtigen politischen Laktik der Sozialdemokratie ohne christliche Gewerkschaftsbewegung noch zu bedeutend größerem Einfluß gelangen, und zwar ausschließlich auf Kosten der Arbeiter. Schließlich darf auch an die Tatsache erinnert werden, daß schon manche sozialdemokratische Arbeiterführer in kritischen Situationen froh waren, daß an großen entscheidenden Kämpfen neben sozialdemokratischen auch christliche Organisationen beteiligt waren. Vielleicht lassen ehrlichere Sozialdemokraten diese Gesichtspunkte einmal etwas auf sich einwirken und gelangen dann in manchen Fragen zu einer gerechteren Beurteilung der christl. Gewerkschaften, auch dann, wenn deren Verhalten von dem sozialdemokratischen Schema abweicht.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage drückte den christlichen Gewerkschaften in 1909 hinsichtlich der Mitgliederbewegung das Gepräge auf. Während in der ersten stärkeren Jahreshälfte manche Verbände ihren Mitgliederbestand behaupteten, andere kleinere Verluste aufzuweisen hatten, hat, als im letzten Jahresdrittel eine allmähliche Belebung des Wirtschaftslebens eintrat, die Mitgliederziffer sich wieder allenthalben langsam gehoben, was bei einem Vergleich der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt mit derjenigen am Jahreschluß deutlich in die Erscheinung tritt.

Organisation	Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1909	Mitgliederverhältnisse		+ bezw. — gegenüber dem Vorjahre im Jahresdurchschnitt männlich weiblich
		Zahl am 31. Dez. 1909	Verhältnis	
Bergarbeiter	763	81734	—	+ 3369 —
Bauarbeiter	826	35465	—	— 884 —
Textilarbeiter	257	30451	8598	— 5008 — 2290
Bayerische Eisenbahner	100	28017	—	+ 1769 —
Metallarbeiter	262	24002	524	— 2118 — 119
Staats-, Gemeinde-, Berufs- u. Arbeiter	330	13752	593	+ 287 — 61
Deutsche Eisenbahnhändler und Arbeiter	112	11640	—	+ 8920 —
Holzarbeiter	255	11312	147	+ 122 — 60
Heimarbeiterinnen	56	6476	6529	— + 714
Tabakarbeiter	108	6016	2287	+ 85 — 69
Kemalarbeiter	173	5984	557	+ 648 + 190
Redenarbeiter	98	4198	326	+ 166 — 26
Schneider	125	3466	173	— 171 — 224
Maler	91	3306	—	— 16 —
Telegraphenarbeiter	72	3414	—	+ 585 —
Gutenberg-Bund	81	2981	—	+ 43 —
Graphische Gewerbe	50	1462	116	+ 5 + 52
Kranenpfeiler	14	1374	251	+ 66 — 44
Kellner	20	1220	—	+ 1185 —
Nahrungsmittelindustrie	28	1302	81	+ 311 + 32
Steinarbeiter Bayern	—	—	—	— 1167 —
Gärtner	35	728	—	— 70 —
Württembergische Eisenbahner	—	1861	—	— — —

33856 | 280061 | 20182 | + 3137 | — 1905

Die außerhalb des Gesamtverbandes stehenden Verbände, die lange Jahre selbst als christliche Berufsorganisationen angesprochen werden wollten und alljährlich an das Generalsekretariat des Gesamtverbandes über ihre Mitgliederentwicklung und Finanzgebarung berichteten, blieben bei dem diesjährigen Bericht erstmals ausgeschaltet. In den Agitationsgebieten des Verbandes deutscher Eisenbahnhändler und Arbeiter und des württembergischen Eisenbahnerverbandes haben sich in der Zwischenzeit Sonderverbände gebildet, die ihren Anschluß an den Gesamtverband tätigen, während der Verein zur gegenseitigen Hilfe in Oberschlesien, als er bereits vor dem vollständigen Zusammenbruch stand, sich mit der polnischen Berufsvereinigung fusionierte. Diese Organisation, die vor neun Jahren schon 15 000 Mitglieder zählte, könnte heute, wenn ihr eine energische, zielbewusste Leitung vorgehänden und sofern sie sich schon vor Jahren dem Gesamtverband angeschlossen hätte, in Oberschlesien eine dominierende Stellung einnehmen. Durch die verkehrte, kurzfristige Politik dieses Verbandes mitverschuldet, gleicht heute Oberschlesien einem organisatorischen Trümmerhaufen und befindet sich die dortige Arbeiterschaft sowohl in sozialer wie rechtlicher Hinsicht in einer geradezu jammervollen Lage. Nirgends in Deutschland hat sich eine verkehrte Organisationspolitik so gerächt wie in Oberschlesien. — Auch der Verband der sächsischen Eisenbahner ist durch seine isolierte Stellung in eine auf die Dauer unhaltbare Situation geraten. Er schwankt schon seit Jahren zwischen unangebrachtem Bortradikalismus und zeitweise ebenso wenig angebrachtem Servilismus hin und her, ohne in dieser Stellung wesentliche Vorteile für seine Mitglieder erzielen zu können. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen zu können, daß der Verband einer stets unhaltbareren Lage entgegengeht, die schließlich unumkehrlich zur Krise führen muß. — Der Verband des bayrischen Post-

Telegraphenpersonals hat sich von den Organisationen r Staatsangestellten am besten gehalten und entwickelt; die weitläufigere Hälfte der Mitglieder ist auch schon längst für den Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften; diese wurde lediglich deshalb noch nicht getätigt, weil begründete Aussicht besteht, daß in absehbarer Zeit in der Anschlussfrage innerhalb des Verbandes eine einheitliche Auffassung herbeizuführen ist.

Kassenverhältnisse.

Noch deutlicher als die Mitgliederbewegung zeigt die Finanzgebarung der christlichen Gewerkschaften, daß ihnen die letzte wirtschaftliche Niedergangsperiode nicht wesentlich Abbruch zu tun vermochte. Es lag die Befürchtung nahe, daß die christlichen Gewerkschaften als jüngste der drei Organisationsgruppen von der Krise härter betroffen werden würden, als die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Hirsch-Dunderscheren Gewerkschaften, die beide über einen größeren Stamm älterer Mitglieder verfügten. Diese Befürchtung hat sich indes nicht bewahrheitet.

Während die Hirsch-Dunderscheren Gewerkschaften, in 1908 gegenüber dem Vorjahre eine Mindereinnahme von Mark 125 016 zu verzeichnen hatten und die sozialdemokratischen Gewerkschaften in 1908 Mark 2 852 388 weniger als in 1907 vereinnahmten, war bei den christlichen Gewerkschaften nicht nur kein Einnahmerückgang, sondern eine stete Steigerung zu beobachten, was durch folgendes Bild bestätigt wird:

Jahr	Einnahmen M.	Ausgaben M.	Kassenbestand M.
1909	4 612 920	3 843 504	5 365 338
1908	4 394 745	3 556 224	4 513 409
1907	4 311 495	3 193 978	3 487 735
1906	3 378 833	2 709 260	2 370 782
1905	2 443 122	2 150 511	1 249 408

Die Einnahmen stiegen somit in 1909 gegenüber dem Vorjahre von M. 4 394 745 auf M. 4 612 920, die Ausgaben von M. 3 556 224 auf M. 3 843 504, während sich der Kassenbestand von M. 4 513 409 auf 5 365 338 oder um M. 851 929 erhöhte. Eine geringere Einnahme als im Vorjahre hatten nur einzelne Verbände; an der Steigerung des Kassenbestandes sind indes auch diese beteiligt. Während noch bis 1905 es bei den christlichen Gewerkschaften mit den Vermögensverhältnissen nicht sehr gut bestellt war, haben sie in den letzten Jahren jährlich rund eine Million Mark zurückgelegt und haben mancher durch ihren Vermögensbestand gegen unvorhergesehene Ueberrassungen, ganz gleich, von welcher Seite diese kommen mögen, einen widerstandsfähigen Schutzwall aufgerichtet. Ueber die Kassenverhältnisse der einzelnen Verbände orientiert die auf Seite 128 stehende Tabelle.

Mit dem Berichtsjahre haben die christlichen Gewerkschaften das erste Jahrzehnt ihrer Tätigkeit abgeschlossen. Die ersten Schritte zu christlichen Berufsorganisationen liegen zwar schon 16 Jahre zurück; allein von einer eigentlichen christlichen Gewerkschaftsbewegung kann erst seit dem Jahre 1899, seit dem I. Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Mainz, gesprochen werden. Bei dieser Veranstaltung wurden erst einheitliche Grundzüge und Richtlinien aufgestellt, und nun begann langsam die Periode der Sammlung und organisatorischen Zusammenfassung derjenigen Gruppen, die sich vorher ziemlich ziel- und planlos in Orts- und Bezirksorganisationen sowie allgemeinen Arbeiterhilfsverbänden zusammengefunden hatten. Das seit 1899 im christlichen Gewerkschaftslager Deutschlands nicht vergeblich und erfolglos gearbeitet wurde, ist gelegentlich des Kölner Kongresses der christlichen Gewerkschaften im verfloßenen Jahre, bei welchem ein zehnjähriger Rückblick veranstaltet wurde, allseitig anerkannt worden. Die „Soziale Praxis“ (Nr. 44/09) sagte bei dieser Gelegenheit:

„Auf ein zehnjähriges Bestehen der Gesamtorganisation konnten die christlichen Gewerkschaften auf ihrer diesjährigen Tagung, die vom 18. bis 21. Juli in Köln vor sich ging, zurückblicken. Welch achtunggebietendes Wachsen und Reifen seit dem ersten Kongreß zu Mainz im Jahre 1899. Ein gewerkschaftliches Erwachen, gleichmäßig nach innen und nach außen, bedeutet diese zehnjährige Entwicklungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland. Mögen sie sich auch noch beschreiben neben dem Reichen der freien Gewerkschaftsorganisation auszeichnen: durch ihre geographische Konzentration, durch die gründliche organisatorische und sozialpolitische Schulung ihrer Führer und die systematische, eifrige Arbeit des großen Beamtenapparates, das die christlichen Gewerkschaften in steter Gewissenhaftigkeit und Glauben Deutschlands heute bereits eine soziale Macht geworden, die von den freigeistlichen Kameraden bei ihren Lebensbewegungen immer mehr respektiert und von dem Unrechtsbewußtsein als eine vollberechtigte, verhandlungsfähige Arbeitervertretung wohl oder übel anerkannt wird.“

In der Tat hinterläßt der Kongreß bei Freunden und Feinden der christlichen Gewerkschaftsbewegung den Eindruck, daß hier junge Lebenskraft und klare soziale Einsicht in fruchtbarer, stetiger und erfolgversprechender Wirksamkeit vereint sind.

Auch das Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“ (Nr. 170/09), der allerdings noch nicht an den christlichen Gewerkschaften angeschlossen hat, mußte zugestehen, daß die christlichen Gewerkschaften „Erfolge erzielt haben — mehr als die Gegner damals gedacht — ... sie haben namentlich im Westen Deutschlands in einigen Bezirken einen ansehnlichen Einfluß, mit dem die sozialistischen Organisationskräfte dort wohl oder übel rechnen müssen; ihre Verbände sind ... im Aufbau und den Finanzen leidlich in Ordnung, und die bravensten Personen beweisen wohl das erforderliche Geschick in der Leitung und Bewachung ihrer Verbände.“ Und das Hauptorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften, das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften“ (Nr. 32/09) schrieb bei dem gleichen Anlaß über die christlichen Gewerkschaften:

„Einen sie auch noch besonders hinter unseren Gewerkschaften zu verzeichnen, so verringern sich doch die Differenzen von Jahr zu Jahr ... Sie verfügen über einen ansehnlichen Stamm von Arbeitern und Arbeiterinnen, ihre Verbände sind zahlreich und die Unterstützung des Sozialismus“

für das kath. Deutschland zu M.-Glabbad sind auf das geistige Niveau der Bewegung nicht ohne Einfluß. Alles dies weist darauf hin, die christliche Gewerkschaftsorganisation als ernstesten Faktor auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung zu werten.“

Auf der im ersten Jahrzehnt gewonnenen Position muß jetzt, wo das deutsche Wirtschaftsleben im Begriffe steht, sich wieder zu konsolidieren, mit Nachdruck weiter gearbeitet werden. Die christlichen Gewerkschaften stellen zweifellos keine aufgepöppelte Organisationsgruppe dar, sie mußten sich durchsetzen sowohl gegenüber der scharfmacherischen Richtung im Unternehmertum, wie gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung, den katholischen Fachabteilungen und den mit letzteren verwandten gelben Gewerkschaften. Sowohl die Scharfmacher wie auch die katholischen Fachabteilungen und die gelben Gewerkschaften haben zeitweise geglaubt, ihre Pfeile schärfer gegen die christlichen Gewerkschaften richten zu sollen, wie selbst gegen die sozialdemokratische Bewegung, nicht mit dem gewünschten Erfolg. In diesem Kreuzfeuer sind unserer Bewegung eine Anzahl Kämpfernaturen erstanden, die auch konzentrische Angriffe abzuwehren gelernt haben. Schließlich hat der unausgesetzte Kampf nach den verschiedenen Richtungen hin bewirkt, daß in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zwischen Mitgliedern und leitenden Instanzen sich ein unerlöschliches Vertrauensverhältnis herausgebildet hat. Möge es so bleiben und insbesondere die Zahl der organisatorischen und agitatorischen Mitarbeiter sich in den folgenden Jahren unausgesetzt vergrößern, und der christliche Gewerkschaftsgedanke wird sich weiter durchsetzen: Den Anhängern zum Ruh, den Gegnern zum Kreuz.

Zur Tariffbewegung in Allenstein.

Wie wir schon mitteilten, zeigte die Tariffbewegung in Allenstein verschiedene Begleiterscheinungen. Ein Eingehen darauf ist um so mehr angebracht, als die „Eiche“, das S.-D.-Organ, die größten Unwahrheiten und schiefsten Darstellungen über die Bewegung gibt. Wir vermuten, daß der Artikel der „Eiche“ von dem Raune herrührt, dem sein Vorsitzender in der Versammlung am 23. Aug. v. J. im „Kaiserhof“ vorwarf, daß er sich bei „Kellermargels“ herumtreibe, anstatt die Versammlungen seiner Kollegen zu besuchen. Daher jedenfalls die Erwähnung des Prozeß Schönbeck in der „Eiche“. Jedoch zur Sache:

Nachdem sich die Tischler von Allenstein in größerer Zahl unserem Verbands angegeschlossen, wurde unsererseits erwogen, in eine Tariffbewegung einzutreten. Unser Bezirksleiter schrieb deshalb an den S.-D.-Bezirksleiter Wroczkowski zwecks Rücksprache in dieser Sache. Die Antwort vom 20. Januar d. J. lautete dahin, daß M. „vorbei kommen wolle“. Dieses Vorbeikommen erfolgte jedoch nicht. M. hatte für Allenstein keine Zeit, oder „rührte für Allenstein keinen Finger mehr“, wie es in einer Versammlung vom 23. August v. J. angekündigt war. Da wir nun uns allein an die Arbeit machten, — an die Fachabteiler uns zu wenden, kann man uns nicht zumuten — entstand Enttäufung bei den Hirschen, den Fachabteilern und — den drei vorhandenen „Genossen“. Es fand dann bald eine Versammlung der Firma Drlowski statt. Das Organisationsverhältnis war folgendes in diesem Betrieb: 6 christlich, 2 „Genossen“, 5 Fachabteiler, 6 S. D. Später traten die noch unorganisierten Tischler dem S. D. Gewerksverein bei, weil es dort am wenigsten kostet. In der Versammlung wurde nun beschlossen, gemeinsam zu handeln. Schopohl machte die Teilnahme der Fachabteiler dabei von Bedingungen abhängig.

Als die Arbeitgeber von der Innung — Drlowski gehört nicht dazu — kein Entgegenkommen zeigten, fand eine Versammlung statt, welche beschloß, daß die Kollegen die Kündigung einreichen sollten, die mit einer Kündigungsfrist arbeiteten. Bei Drlowski bestand keine Kündigung. Mit diesem sollte verhandelt werden, da derselbe wenigstens geantwortet habe. Das Wortkloßwerden geschah auch. Die Organisationsleiter traten, da die Kündigung am Tage vor Pfingsten abließ, am Dienstag den 17. Mai mit der Innung in Verhandlung, die ergebnislos verlief. Dann wurde mit jenen Firmen verhandelt, welche nicht der Innung angehörten. Bei der Firma Staub sind vier Fachabteiler beschäftigt. Als die Vertreter hier vorstellig wurden, wurden sie ohne weiteres hinausgewiesen. Nun hätten die Fachabteiler ja die Arbeit niederlegen müssen, aber wie wir es erwartete, so traf es ein. Die Fachabteiler arbeiteten ruhig weiter, obwohl auch ihr Sekretär mit hinausgewiesen war. Am Mittwoch gingen in den Betrieben, wo die Kündigung abgelassen, 2 Kollegen von uns, 2 „Genossen“ und 2 Hirsche nicht nieder an. Ein „Genosse“ reiste sofort ab. Ein Fachabteiler legte auch die Arbeit nieder, jedoch nicht um zu streiken, sondern um sich krank zu melden. Während des Streikes sah man nur einen einzigen Hirsch-Dunker sich am Pfortenstehen beteiligen; Fachabteiler überhaupt nicht; ein „Genosse“ stand 8 Tage und nahm dann Arbeit in der Anstellung an. Die Durchführung des Kampfes oblag so nur unseren Kollegen.

In unserem Organ wurde Allenstein gesperrt; in der „Holzarbeiter-Zeitung“ und in der „Eiche“ war nichts von einer Sperrung zu lesen. Jetzt reden sich die Herrschaften damit heraus, daß man dieses nicht getan habe, weil sonst erst recht Arbeitswillige heran kämen. Sind denn die beiden genannten Organe Fachblätter für Arbeitswillige? Dann sieht es schlecht um die Verbandsmitglieder aus. Arbeitswillige werden sich doch kein Abonnement auf eine Verbandszeitung erlauben. Wenn man nur Arbeitswilligen Angst hatte, die durch diesen Specterstreich herankommen würden,

warum wurde denn auf Vorschlag von Siefeld geschlossen, in dem „Graudenger Geselligen“ und in der „Eronländischen Zeitung“ Warnungskannonen zu veröffentlichen? Die Sache ist die, daß man am liebsten gesehen hätte, wenn die Bewegung kaputt gegangen wäre. Hätte man dann doch uns „am Zeuge flicken“ können. Dank der Wachsamkeit unserer Kollegen wurden die Zureisenden schnell abgeschoben. Wer reist aber zu? Zwei „Genossen“ aus der Thorner Gegend weiter ein Hirsch-Dunker, der in Thorn Beiträge bezahlt hat und dessen Buch noch dortselbst bei der Druckverwaltung liegt. Gewiß reiste auch ein, schon im Wochen auf der Reise liegendes Mitglied von uns. Der S. D. firtg an, arbeitet auch noch dort, während unser Mitglied und die beiden Genossen wieder reisten; ein „Genosse“ gab seine Papiere ab, um bald ein Platz frei, bei Drlowski anzufagen. Ein solches Verhalten der Gegner konnte unsern Kollegen nicht recht sein.

Nun wurde am 14. Mai beschlossen, daß eine Kommission aus dem Betrieb mit Drlowski den Akkordtarif vereinbaren solle. Dieses gelang nicht. D. nun beschlossen war, daß die Verbandsvertreter am Freitag den 20. Mai selbst die Verhandlungen mit Drlowski zum Abschluß bringen sollten, wenn der Akkordtarif mit der Werkstattkommission durchgesehen sei, so fand Kollege Schopohl sich pünktlich ein. D. nicht kam waren die Hirsche und die Genossen. Die Abhandlung von Telegrammen konnten die Hirsche ihren Bezirksleiter Wroczkowski nicht nach Allenstein bekommen. Der machte, wie angegeben wurde währenddes eine Dampferfahrt auf der Spree. Schopohl wartete nun bis zum 21. Mai, an welchem Tage dann endlich der Vertreter der Genossen anlangte mit der Bemerkung, daß ihm von seinem Vertreter gesagt sei, daß erst Sonnabend verhandelt werden sollte. Dieser, sein Vertreter, erklärte Schopohl am 24. in Zappot, daß er Siefeld auf Freitag den 25. bestellt habe. Den Leuten presierte es in Allenstein nicht, da ja nur noch Christliche streikten mit Ausnahme von einem S. D. und einem Genossen. Da nun bei Drlowski immer noch gearbeitet wurde, ohne daß Drlowski mehr wie die anderen Meister getan, wurde die Streikenden immer unzufriedener. Besonders erklärte der eine Genosse, „wenn jetzt nicht bei Drlowski Schluß gemacht wird, so werde ich der erste Streikbrecher.“ Schopohl besprach nun mit Siefeld die Situation und war man beiderseitig der Ansicht, daß des Abends bei Drlowski Schluß gemacht würde. Schopohl holte darauf die beiden bei Drlowski arbeitenden Mitglieder unseres Verbandes heraus. Als zurückkam, hatte der Fachabteilungssekretär mit Siefeld beratschlagt, daß ohne Wroczkowskis Anwesenheit die Arbeit nicht niedergelegt werden dürfe. Also wurde der 5 verlorene Tage, da erst am 25. wieder verhandelt werden sollte. Am 27. Mai fand nun eine neue Verhandlung mit der Firma Drlowski statt, in welcher ein Vertrag vereinbart wurde. In diesem Vertrag heißt es nun, daß bei Akkord ein Abschlag in Höhe des Wochenlohnes gezahlt wird. Auszinski, der Fachabteilungssekretär, welcher schon früher an drei Firmen einen separaten Vertrag eingereicht hatte, ohne vorherige Rücksprache mit den anderen Organisationsgruppen hatte in seinem, von Drlowski unterzeichneten Vertrag aber den Passus stehen, daß bei Akkordarbeit ein Abschlag in Höhe von neun Zehntel des Stundenlohnes gezahlt würde. Mit diesem Vertrag kam der selbe zu Herrn Puttklich, Möbelfabrik, um ihn an dort unterzeichnen zu lassen. Puttklich ging, wie unmitgeteilt ist, mit diesem Vertrag zu Drlowski und nun erklärte derselbe, er sei von den Verbandsvertretern getäuscht. Hier siehe etwas anderes wie das Mittlerweile hatte Obermeister Wolf, welcher immer ein großes Entgegenkommen gezeigt hatte, nach einer neuen Verhandlung mit der Innung erfolgreich verlaufen war, einige Innungsmeister bewogen, den Vertrag anzuerkennen. Hierzu erklärten sich vier Arbeitgeber bereit und teilte Wroczkowski uns dies mit. Er bemerkte gleich, daß er seinen „Leuten“ Anweisung gegeben“ habe, „in diesen vier Betrieben die Arbeit aufzunehmen“. Seinen „Leuten“! D. waren ein ganzer Mann für vier Betriebe! Von einem eigenhändigen Unterschrift der vier Arbeitgeber erfahren wir erst aus der „Eiche“. Diese Unterschriften standen aber unter keinem Vertrag.

Schopohl kam am 1. Juli nach Allenstein, die Streikunterstützung auszuzahlen. Obermeister Wolf ließ ihm durch den Tischler Maloned mitteilen, möge mal zu ihm kommen. Als Schopohl kam, teilte ihm Wolf mit, daß die Meister nochmals eine Sitzung am 31. Mai gehabt hätten. Sie hätten noch etwas ändern. Schopohl sagte, er wolle am anderen Morgen die betreffenden Herren zu einer Sitzung einladen, man würde sich schon einigen.

Am 2. Juli fand dann diese Sitzung statt, an der Schopohl auf Verlangen unserer Mitglieder teilnahm. Wir glauben es den Hirschen schon daß sie es gesehen, wenn die Christlichen noch 3-4 Wochen streikt hätten. Sie konnten dann besser im Druck stehen.

In der Sitzung war auch der Vertreter der Firma Drlowski anwesend und erklärte dieser, daß er keinen Fall den Vertrag anerkennen“ könne. Er könne nicht jedem, der ein Jahr Geselle sei, 42 Pf geben. Wenn er sie verdiene, solle er sie erhalten. Nach langer Debatte wurde nun in den Vertrag eingeleitet, wenn der Geselle nach dem neuen Akkordtarif diesen Lohnsatz verdient. Wechselte ein Geselle seine Arbeitsstelle, so muß ihm auf der neuen Arbeitsstelle wenigstens der Lohn gezahlt werden nach 81

ger Arbeit, den der Geselle in den letzten 4 Wochen bei gleicher Arbeit verdient hat". Nun fragen wir jeden vernünftigen Menschen, ob diese eine Verschlechterung bedeutet? Wir sind der Ansicht, daß nach dem neuen Akkordtarif, der ohne jede Milderung, mit Ausnahme der Einzelarbeiter, angenommen wurde, jeder Geselle auf 42 Pfg. pr. Stunde kommen muß. Ist der neue Akkordtarif zu niedrig, so sind die andern Organisations schuld, denn sie besaßen gemeinsam in der Akkordkommission die Majorität. Ist der Akkordvertrag aber so gesetzt, daß man mehr herausholen will, als wie den Stundenlohn, so kann der Passus nur Stümpern zum Schaden gereichen. Für Stümper schlägt man aber doch keinen Akkordvertrag ab.

Fest regt man sich darüber auf, daß Schopohl einen Abschlag von neun Zehntel zugebilligt hat. Die streikenden Kollegen erklärten Schopohl aber, daß er wegen des Zehntel den Tarif nicht scheitern lassen dürfe. Da nun die Arbeitgeber darauf bestanden, wenn ihnen dieses nicht zugebilligt würde, könne man ja noch länger streiken, so hat Schopohl recht, als er den Vertrag abschloß. Wenn nun „die Eiche“ meldet, Schopohl habe den Arbeitgebern erklärt, er habe „Vollmacht“, den Vertrag abzuschließen, so hat Schopohl ausdrücklich erklärt, er habe „Vollmacht“ von den Streikenden“, den Vertrag abzuschließen, wenn die anderen Verbände nicht damit zufrieden seien, so möchten diese jetzt mal streiken“. Als nach der Unterzeichnung Herr Puttlich meinte, „nun den Kuszinski haben sie wohl ganz ausgeschlossen,“ erklärte Schopohl, daß er die Fachabteilung überhaupt nicht als Gewerkschaft betrachte.

So der Verlauf der Tarifbewegung. Das wir, wo wir die Kastanien aus dem Feuer geholt und die andern sich nur wärmen wollten, die Bewegung so zum Abschluß gebracht, lag nur im Interesse der Allensteiner Tischler. Der Akkordpassus trifft nur die Firma Drlowski; bei den übrigen wird in Lohn gearbeitet. Bei Drlowski hätte keiner von den alten Gesellen einen Streik riskiert. Hätten die Hirsche überhaupt von ihrer Hauptverwaltung die Genehmigung zum Streik? Wie wir erfahren, soll dieses nicht zutreffen und verstehen wir deshalb die Hirsch-Dunderische Taktik.

Es wird in der „Eiche“ gejaunert, daß unsere Kollegen nicht in die Versammlung, „die von sämtlichen Organisationen einberufen war,“ erschienen seien. Was versteht der Hirsch-Dunderische Schwindelmeyer unter „sämtlichen Organisationen“? Unserer Ortsverwaltung hatte man keine Mitteilung von der Versammlung gemacht, obwohl man schlauerweise die Versammlung in unserem Lokal arrangiert hatte. Warum riskierten die Hirsche jetzt 1 Mark Saalmiete, wo Drlowski am 29. April sich weigerte, Schopohl für eine gemeinsame Versammlung 75 Pfg. Lokalmiete zu ersehen? Daß unsere Kollegen nicht in die Versammlung gingen, lag nicht an Schopohl. Dieser erregte im Gegenteil die Kollegen, mit in die Versammlung zu gehen, um den Gegnern mal ihr Treiben vor Augen zu halten. Unsere Kollegen wären gar nicht zum „Kopernikus“ gekommen, wenn Schopohl nicht durch Karte unseren Vorsitzenden aufgefordert hätte, sämtliche Kollegen einzuladen. Was das Hirsch-Dunderische Geschwafel von den „paar getreuen Mitglidern“ anbelangt, so möchten wir nur bemerken, daß trotzdem verschiedene Kollegen nicht zum Kopernikus gekommen waren, doch mehr von uns anwesend waren, als wie von den drei gegnerischen Verbänden zusammen Mitglieder in Allenstein sind. In dem Versammlungsraum, wo die Gegner sich versammeln, standen 26 Stühle und von diesen waren noch eine Anzahl leer. Das war die imposante Versammlung der Sozialdemokraten, der katholischen Fachabteilung, die doch immer Krampfanfälle bekommen, wenn die christlichen Gewerkschaften mal mit den Sozi etwas unternehmen, und der Hirsche. Unsere Kollegen haben sich köstlich über die betäubten Vohgerber amüsiert.

Am Montag den 13. Juni fand eine sehr gut besuchte Mitglieder-Versammlung unseres Verbandes statt. In dieser Versammlung erklärten sich die Kollegen nochmals mit dem abgebrochenen Vertrag bedingungslos einverstanden. Selbst ein früher im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisierter und jetzt unserem Verbands angehöriger Kollege erklärte die Handlung des Kollegen Schopohl für vollständig angebracht. Daß auch bei dem Gegner man anfängt Schopohl Recht zu geben zeigt, daß schon wieder ein Kollege zu uns übergetreten ist.

Was uns die Gegner für Schwierigkeiten gemacht, das werden wir ihnen nie vergessen. Je mehr dieses Hebelblatt tobt, je ruhiger und sachlicher werden wir an der Aufklärung der uns noch fern stehenden Tischler arbeiten. Den Facharbeitern aber noch unseren besondern Glückwunsch zu ihrem „Radikalismus“ und zur Verwertung ihrer Theorien. „Gruß, lieber Freund, ist alle Theorie, doch grün des Lebens goldener Baum!“

Die Zahlstelle Kronach erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrages von 5 Pfg. (Gesamt-Wochenbeitrag 0,55 Mk.).

Materialbestellungen richte man stets so aus, daß sie bis spätestens Dienstags abends im Besitze der Zentralstelle sind. Das Verlangte kann dann noch mit der Zeitung verhandelt werden und wird so manche Arbeit und viel Porto gespart.

An die pünktliche Einsendung der Meldekarten für die Arbeitslosenstatistik wird erinnert.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugzug ist fernzuhalten

- Schreiner und Maschinenarbeiter: Neustadt a. S., Dinklage (Schulte), Speyer, Zuffenhausen, Delmenhorst (Tönjes A.-G.)
- Drehlern und Rundpolierern: Schönlanke.
- Bürstenmachern: Augsburg.
- Stellmachern und Wagensattlern: Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes A.-G.)
- Riffenschreiner: Cöln-Sülz (Frisch.)

Lohnbewegungen in Duisburg. Vertragsvereinbarung bei der Möbelfabrik Gutermann in Duisburg. Bei Gelegenheit der großen Tarifvertragsverhandlungen im Winter dieses Jahres war die Firma an ihre Arbeiter herangetreten, zwecks Abschlußes eines Vertrages. Da dieselbe jedoch keine genügenden Zugeständnisse machte, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Nunmehr wurde von den beteiligten Organisationen der Firma ein neuer, auf die Dauer von 4 Jahren berechneter Vertragsentwurf unterbreitet, welches hoffentlich die Zustimmung der Firma findet.

Die Möbelfabrik G. Hanjen & Co. (früher Dieffenbach) verfuhrte in verfloßener Woche Abzüge an den Akkordpreisen vorzunehmen. Weder durch die in Betracht kommenden Arbeiter, noch durch den Arbeiterausschuß konnte eine Zurücknahme dieses Abzuges erreicht werden. Die hierauf erfolgte einmütige Niederlegung der Arbeit durch die Schreiner brachte bei der Firma bald einen vollständigen Umschwung hervor. Noch am selben Tage erlangte man Verhandlungen, die Abzüge wurden zurückgenommen und Lohnhöhungen sollen gewährt werden. Daraufhin wurde nach 4-tägiger Unterbrechung die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Streik auf der Delmenhorster Wagenfabrik dauert unverändert fort. In der letzten Zeit ist nun insofern eine Milderung eingetreten, als die Streikbrecher sich äußerst frech benehmen. Schon gleich bei den ersten Transporten zeigte es sich, daß man es mit einer äußerst gemeingefährlichen Sorte Menschen zu tun hatte, indem die Streikposten fortwährend belästigt wurden, des öfteren wurden Streikende von den Agenten zur Seite gestoßen, zu Boden geworfen, mit Stöcken bedroht und aufs ärgste beschimpft. Da die Polizei diesem Treiben der Arbeitswilligen müßig zuseh und selbst die Aufforderung der Streikenden zur Feststellung der Personalien der Angreifer fruchtlos waren, wurde Beschwerde beim Magistrat eingereicht; auch dieser schien kein Anlaß zum Eingreifen zu haben. Daraufhin wurde am 28. Juni eine Interpellation im Stadtrat eingebracht, was die Behörde zum Schutze der Streikenden zu tun gedanke. Auch hier gedachte man an den Einbringer (ein „Genosse“), welcher allerdings die Interpellation in bekannter Manier vertrat, von seitens des Magistrats achtlos vorbei zu gehen; dann griff unser Kollege Thume (Vorsitzender der Zahlstelle der Textilarbeiter) ein, welcher ausführte, daß, wenn die Streikenden nicht vernünftiger gewesen seien wie die Polizei, hätten wir hier schon die schönsten Exzesse gehabt; Herr Syndikus Königer antwortete darauf, daß die Polizei angewiesen sei, in loyaler Weise vorzugehen. Allerdings muß man an der Loyalität zweifeln, wenn man sieht, wie die Arbeitswilligen mit Dolch, Revolver und Gummischlauch bewaffnet sind, und ruhig ihres Weges gehende Passanten bedrohen, ohne von der Polizei daran gehindert zu werden. Nachdem es dann in den letzten Tagen schon öfters zu Reibereien gekommen war, sammelten sich am 30. Juni abends eine mehr als hundertköpfige Menschenmenge vor der Fabrik an. Als dann die Streikbrecher ihr Treiben fortsetzen wollten, kam es zu ernstlichen Schlägereien, bei welcher die Polizei mit blanker Waffe die Menge auseinandertrieb; ernstere Verletzungen kamen nicht vor. Auch an anderen Stellen der Stadt kam es an demselben Abend zu Streitigkeiten. Daraufhin wurde am folgenden Tage folgende Bekanntmachung vom Magistrat in den Blättern veröffentlicht:

Wegen der in den letzten Tagen vorgekommenen Unruhen werden bis auf Weiteres Ansammlungen auf Straßen und Plätzen der Stadt Wochentags für die Zeit nach 6 Uhr abends und an Sonntagen für den ganzen Tag verboten unter Androhung einer Geldstrafe von 30 Mk. für jede Zuwiderhandlung.

Die Schlüsselstraße, Hegelerstraße, Sackstraße und die Straße zur Viehraupe werden werktäglich abends von 6 1/2 Uhr an sowie Sonntags für den ganzen Tag für den Verkehr gesperrt mit Ausnahme für die in der Straße Wohnenden.

Gleichzeitig weist der Stadtmagistrat darauf hin, daß jeder, der sich auf einer Straße oder einem Platze unter einer Menschenmenge befindet, sofern er sich auf die dreimalige Aufforderung eines Polizeibeamten an die Menschenmenge nicht entfernt, eine Bestrafung wegen Aufruhrs nach § 116 St.-G.-B. zu gewärtigen hat. Delmenhorst, den 1. Juli 1910. Stadtmagistrat Dr. Jadenfeldt.

Gleichzeitig wurden von außerhalb 12 Gendarmen herangezogen, so daß im ganzen jetzt 18 Gendarme, 5 Schutzleute und 1 Oberwachmeister zur Aufrechterhaltung der Ordnung hier zugegen sind. Aber trotzdem fehlte der Streikbrecher unter Anwesenheit der Polizei ihr provozierendes Treiben fort. Die Leute fühlten sich hinter den Säbeln der Polizei sicher. Am 2. Juli kamen mitten in der Stadt wieder ernste Schlägereien vor, indem ein ruhig seines Weges gehender Arbeiter von einem Streikbrecher einen Dolchstoß von hinten in die Schulter erhielt, wobei ihm die Schulter und der Oberarm aufgerissen wurde. Auch fanden sonst noch schwere Verletzungen statt, im ganzen sollen 5 Verletzte zum Krankenhaus gebracht sein. Eine Anzahl Streikbrecher soll nachdem dem auch verhaftet sein.

Es wäre die höchste Zeit, daß dem Treiben dieser Elemente ein Ende gesetzt würde. denn ruhig ihres Weges gehende Bürger sind abends ihres Lebens nicht mehr sicher. Wie lange will die Polizei noch dulden, daß derartige gemeingefährliche Menschen noch Waffen tragen? Muß es noch erit größere Opfer an Blut kosten, ehe dem Treiben ein Ende gemacht wird? Die große Mehrheit der Einwohner ist der Ansicht, daß man den Arbeitswilligen die Waffen abnehmen und ihnen das Verlassen des Fabrikhofes verbieten sollte, ehe noch ein größeres Unglück passiert. Die Verantwortung für diese Fälle trifft diejenigen Personen und Instanzen, welche die Zügel zu locker gelassen haben. Unseren Kollegen rufen wir aber zu: Haltet Euch fern von den Tumulten, und hütet Euch, mit den Streikbrechern in Konflikt zu kommen!

Wann wird die Fabrikleitung zur Befinnung kommen? Wenn sie glaubt, mit diesen Elementen fertig werden zu können, wir wünschen ihr viel Glück; sie wird nur wenig Dank ernten. Vorige Woche versuchte es die Firma, die Streikbrecher in Bürgerquartiere zu bringen, hatte aber wenig Glück damit, wenn auch die Meister einige in Logis nahmen. Sonst dankten alle Bürger für dies rauhe einige Volk. Zu bemerken ist noch, daß diese Woche über 30 Arbeitswillige wieder abgereist sind und daß sich unter den noch vorhandenen Streikbrechern eine Anzahl „frei“ organisierter befindet.

In der Riffenfabrik Chr. W. Frisch in Cöln-Sülz sind die Kollegen in den Streik getreten. Drei Kollegen wurden von der Firma wegen Beitritt zu unserm Verbands entlassen, um dadurch die Organisation zu sprengen. Schon zweimal ist der Firma dieses auf ähnliche Weise gelungen. Doch diesmal waren die Kollegen fest gewillt, die Einigkeit hoch zu halten und sich das Koalitionsrecht zu erkämpfen und verlangten sie die Wiedereinstellung der drei Kollegen. Eine Vermittlung seitens der Verbandsleitungen wie auch verschiedener Arbeiterdeputationen und des Königl. Gewerbegerichts waren erfolglos. Die Firma gibt sich die erdenklichste Mühe Arbeitswillige heranzuziehen. Es wird deshalb gebeten den Zugzug fernzuhalten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Spaichingen. Nach langer Zurückgezogenheit wagte es die hiesige Zahlstelle unseres Verbandes wieder einmal an die Öffentlichkeit zu treten, indem sich die Ortsverwaltung der Aufgabe unterzog, eine öffentliche Versammlung in die Wege zu leiten. Dies selbst fand am 16. Juni im Lokal 7 Windhaal statt. Der Besuch war, wohl wegen der vorgeschrittenen Heuernte nicht so zahlreich, wie er erwartet wurde, da die hiesigen Kollegen neben ihrer Beschäftigung meist noch Landwirtschaft betreiben, doch war der Verlauf der Versammlung ein sehr reger. In anerkannter Weise hatte sich Herr Landtagsabgeordneter, Arbeitersekretär Kollege Andre Stüttgart, dazu bereit erklärt, der Versammlung einen gemächlichen Rück- und Ausblick zu geben. Kollege Andre schilderte die in politischer wie auch in konfessioneller Beziehung vollständig neutrale christl. Gewerkschaftsbewegung als eine Macht, die sich nach 10 jähriger Arbeit auf 300 000 Mitglieder emporgeschwungen hat und jetzt zum Sprachrohr der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft geworden ist. In sachlicher Weise verglich der Referent die Tendenzen der christlichen und „freien“ Gewerkschaften und kam hierbei zu einer scharfen Beurteilung der sozialdemokratischen und antireligiösen Bestrebungen der „freien“ Gewerkschaften. Dieses wurde jedoch Kollege Andre in der Diskussion von einem anwesenden „Genossen“ falsch ausgelegt und als Schamlosigkeit und beweisloses Gerede bezeichnet. Im übrigen hielten sich die „Genossen“ von der Versammlung fern, ob absichtlich oder nicht, das kann uns ja egal sein. Ihr Vertreter bemühte sich durch allerlei soziald. Phrasen und Redensarten die „freien“ Gewerkschaften heraus zu heben und sah alle die Beweise, die unser Referent zur Hand hatte und ihm vorführte, als keine Beweise an, er selbst aber nach solchen aufgefordert, bezeichnete dieses als „Heinliche Fragen“. Hier sieht man recht deutlich wieder einmal die Handlungsweise der Genossen. Von Seiten des Kollegen Andre und einigen andern Diskussionrednern wurde ihm jedoch gründlich heimgeleuchtet. Zum Schluß nahm noch der Referent in eindringlichen Worten die Arbeiter zum festen Zusammenhalten in unserer Organisation und unermüßlich zu agitieren zum Wohle der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Mit begeistertem Beifall wurden die Worte des verehrten Referenten aufgenommen, ein Zeichen, daß auch hier in Spaichingen noch Boden ist für die christl. Gewerkschaften. Mit einem Hoch auf die christl. Gewerkschaftsbewegung schloß der Vorsitzende, Kollege Keller, die glänzende verlaufene Versammlung um 12 Uhr. Kollegen von Spaichingen und Umgebung! Unterstützt auch ihr die Vorstandschaft der Zahlstelle, indem ein jeder kräftig in die Agitation einsetzt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, dem Verbands immer neue Mitglieder zuzuführen. Besucht die Versammlungen regelmäßig, damit Aufmerksamkeit in die Kollegentreife kommt und so unsere Reihen gestärkt werden.

Krankengeldzuschußkasse.

IV. Ordentliche Generalversammlung der Krankengeldzuschußkasse des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands. Gleichzeitig mit dem VI. Verbandstag tagte auch die Generalversammlung der Krankengeldzuschußkasse. Raumgemäß hatte dieselbe

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. Juli

im Gegensatz zu ihren beiden Vorgängern mit grundlegenden Änderungen sich nicht zu befassen.

Die Generalversammlung, die am 30. Juni 1910 stattfand, eröffnete der Vorsitzende Mieden, Köln mit Worten der Begrüßung. Die hierauf erfolgte Aufstellung der Anwesenheitsliste ergab die Anwesenheit folgender Delegierten: Gotthard Neßger, Regensburg; Joseph Heber, Münster; Ferdinand Schwan, Karlsruhe; Heinrich Runje, Köln; Jakob Schmitz, Münster; Hermann Winter, Aachen; Christian Steinmann, Wilhelmshöhe; Friedrich Böttcher, Düsseldorf; Franz Kuff, Essen; Clemens Kerckling, Wesseln; Bernhard Wolbers, Münster; Hubert Schmitz, Freiburg; Leonhard Seeberger, Fürth; Theodor Rohr, Berlin; Hermann Sp, Münster; L. Verling, Mainz; Christian Schid, Bochum; Joseph Erling, Frankfurt; Joseph Lutz, München; Kollege Pfanne, Münster, der ebenfalls als Delegierter gewählt war, konnte wegen beruflicher Behinderung an der Generalversammlung nicht teilnehmen. In seine Stelle trat Kollege Schimmel, Bochum.

Hierauf wird festgestellt, daß sowohl die Einberufung der Generalversammlung als auch die Wahl der Delegierten, ebenso die Einladung der Delegierten nach den Bestimmungen des Statuts erfolgt ist.

Zu dem gedruckt vorliegenden Geschäfts- und Kassenbericht macht Rüd, Köln, einige Bemerkungen. Dem Geschäftsbericht sei entnommen, daß in 49 Verwaltungsjahren 630 Mitglieder vorhanden sind. In 719 Fällen wurden während der Berichtszeit, die sich vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1909 erstreckt, für 17328 Tage 23 659,31 Mk. Krankengeld gezahlt. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber den beiden Vorjahren um 8305 Mk. An Beiträgen und Aufnahmegeltern wurden 23 214,99 Mk. vereinnahmt. Die Einnahmen an Beiträgen kamen demnach den Ausgaben für Krankengeld nicht gleich. Es wurde jedoch festgestellt, daß schon im 4. Quartal 1909 eine wesentliche Herabminderung der Krankengelder zu verzeichnen war, die auch im 1. Quartal 1910 anhielt. Damit bieten sich der Kasse ähnliche Ausblicke, wie im Jahre 1906, das bisher für die Kasse das günstigste war.

Während der Berichtszeit haben zwei Generalversammlungen stattgefunden. Die ordentliche Generalversammlung fand am 27. September 1908 in Köln statt. Auf derselben wurde eine erweiterte Festsetzung der Beiträge und Krankengelder beschlossen, damit die Kasse den an sie gestellten höheren Ansprüchen gerecht werden konnte.

Eine außerordentliche Generalversammlung tagte am 17. September 1909. Auf derselben wurde ein ganz neues Statut beschlossen, da das alte Statut mancherlei Mängel aufwies, deren Beseitigung die Aufsichtsbehörde verlangte. Eine notwendig gewordene andere Festsetzung des Krankengeldes mußte ebenfalls beschlossen werden. Ferner wurde auf derselben die Errichtung einer 4. Beitragsklasse mit 55 Pfg. wöchentlichem Beitrag beschlossen. Den auf beiden Generalversammlungen beschlossenen Maßnahmen gelangt es hoffentlich, die Einnahme an Beiträgen mit den Ausgaben für Krankengeld mehr in Einklang zu bringen.

Da im zweiten und dritten Quartal 1909 die Ausgaben für Krankengeld unverhältnismäßig hoch waren, beschloß der Kassenvorstand im Juni 1909 die Mitglieder zur Leistung eines freiwilligen Beitrages von einer Mark aufzufordern. Etwa zwei Drittel der Mitglieder sind dieser Aufforderung nachgekommen.

Der Gewinnung jüngerer Nachwuchs muß in Zukunft größere Aufmerksamkeit zugewandt werden. Wenn jede Jahreshälfte dahin strebe, in nächster Zeit auch nur je 3 Mitglieder der Kasse zuzuführen, so würde damit ein erfreuliches Sparziel möglich sein. 50000 Mk. Krankengeld hat die Kasse während ihres verhältnismäßig kurzen Bestehens an ihre Mitglieder verteilt können. Mögen ganz besonders auch unsere jüngeren Kollegen, die bei Krankheit finanziell ebenso stark betroffen werden, wie ältere versicherte, ihre Erbhung durch Beitritt zur Krankengeldversicherung gegen Krankheit sichern.

Die dem Geschäftsbericht sich anschließende Diskussion war lebhaft, leider verbietet der Raum näher auf dieselbe einzugehen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Beratung der Anträge sei bemerkt, daß alle Anträge, die auf Änderung der Statuten hinausliefen, abgelehnt wurden. Man müsse erst längere Zeit Erfahrungen mit dem neuen Statut machen, um dann etwaige Verbesserungen vornehmen zu können. Die Anträge 3, 10 und 13 sollen in den Gesellschaftern durch den Jahreskongress erledigt werden. Die Anträge, welche sich mit dem Aufstufung an andere Klassen betreffen, werden abgelehnt. Hinsichtlich der Einberufung über den Gang der Kasse den Delegierten übermitteln, ferner der Bericht über die Generalversammlung im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Hoß und Schmidt wieder, die Kollegen Runje und Meyer neuer gewählt. Gesellschafter sind die Kollegen Heber, Kerckling und Wäpfer. In den Revisionen werden die Kollegen Heber, Spitz und Giese gewählt.

Nachdem sich die Delegierten gegenseitig das Versprechen gegeben, eifrig, wachend für die Kasse tätig zu sein, ihr somit noch eine regenere Tätigkeit ermöglichend, schloß der Vorsitzende, Kollege Mieden die 4. ordentliche Generalversammlung, den Delegierten Grüße an die Kollegen in Nord und Süd, Ost und West mit auf den Weg gebend.

Sterbefasel.

Franz Streit, Schreiner, (ehemaliger Zahlstellenvorstand) gestorben zu Billingen.
Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Die Ideen in unserer Gesamtbewegung.

Nicht nur die Ideen unserer Berufsorganisation an und für sich, so schreibt die „Ökonomisch. Zeitschrift“, das Organ unserer Reformorganisation, müssen wir in uns aufgenommen haben. Nein, unsere Arbeit muß vor allem von dem Gedanken, den die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung in sich bürdet, getragen sein.

Worin bestehen denn, kurz zusammengefaßt, die Aufgaben unserer christlichen Gewerkschaften? Der Hauptzweck besteht in der Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auf diesen Zweck muß deshalb auch das Hauptaugenmerk gerichtet sein. Die Mitglieder müssen es begreifen, daß für die Durchführung dieses Zweckes der größte Teil der Beiträge und Opfer Verwendung finden müsse. Je größer der Kampffonds eines Verbandes ist, um so größer auch die Stokkraft. Die Möglichkeit des Eintretens für die Mitglieder wird gemessen an der Leistungsfähigkeit der Verbandskasse. Ein Verband ohne Mittel wird auf den Gegner nur geringen oder vielleicht gar keinen Einfluß ausüben können. Die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisationen zeigt Blatt für Blatt, daß dort, wo es gelang, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Organisation in einer starken Klasse ein festes Rückgrat besaß. Eine moderne Gewerkschaft wird deshalb auch stets darauf bedacht sein, ihre wirtschaftliche Stokkraft zu befestigen und weiter auszubauen.

Jede Gewerkschaft verfügt nun auch über Unterstützungseinrichtungen. Doch sind diese immer nur Mittel zum Hauptzweck oder Nebenzweck. Gewiß soll der Wert der Unterstützungen nicht unterschätzt werden. Das Unterstützungswesen soll nur kurz charakterisiert werden gegenüber der vielfach auftauchenden Meinung, als seien die Unterstützungen der Gewerkschaft die Hauptsache und alles andere mehr oder minder Nebensache. Auch soll mit diesem Hinweis gezeigt werden, wie ungewerkschaftlich und verkehrt es ist, wenn die Gegner mit dem Hinweis auf vielleicht etwas höhere Aufwendungen für Unterstützungszwecke den Mitgliederfang zu betreiben suchen. Das kann nur geschehen unter Vernachlässigung des gewerkschaftlichen Hauptzweckes.

Die christlichen Gewerkschaften sind nicht Kampforganisationen um jeden Preis. Vielmehr suchen sie nach Möglichkeiten eines friedlichen Ausgleichs zwischen den sich entgegenstehenden Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber herbeizuführen. Den Klassenkampfcharakter in dem Sinne, als sei es Aufgabe einer Gewerkschaft, an der Beseitigung des Unternehmertums und seiner wirtschaftlichen Grundlagen zu arbeiten, lehnen die christlichen Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit ab. In die Stärke des Klassenkampfes stellen sie den gerechten Ausgleich und die Pflege des Standesbewußtseins. Der Klassenkampf verfolgt das Ziel, nur einseitig den Vorteil einer Klasse zu sichern und andere Klassen zu unterdrücken resp. zu vernichten. Wenn eine Gewerkschaft sich in den Damm solcher Bestrebungen stellt, hat sie das Recht verweigert, noch als Gewerkschaft angesehen zu werden. In unserer Produktionsweise sind wir auf die andere Seite angewiesen. Die Stände sollen einander ergänzen und zusammen ein harmonisches Ganzes bilden. Der radikale Klassenkampfstandpunkt schlägt letzten Endes nur zum eigenen Schaden des Arbeitnehmers aus. Er erzeugt lediglich einen erbitterten Kampf aller gegen alle und schließt auf das empfindlichste den sozialen Frieden, ja macht diesen vollständig unmöglich. Mit welchem Recht will übrigens die Arbeiterschaft gegen die scharfmacherischen Klassenkämpfer von oben Stellung nehmen, wenn sie sich auf genau denselben Boden der allein maßgebenden, brutalen Macht stellen? Übrigens stehen der Beseitigung der heutigen privatkapitalistischen Produktionsweise geradezu unüberwindliche Hindernisse im Wege. Man nehme ruhig an, daß in einem Lande es sich ermöglichte, die Produktionsmittel zu vergesellschaftlichen. Als Folge würde sich sehr schnell einstellen, daß alles mobile Kapital schleunigst das betreffende Land verlassen würde. Da wäre möglich, weil eine internationale Vergesellschaftung der Produktionsmittel gar nicht denkbar ist. Die verschiedenartigen Kulturzustände zerschlagen einen solchen Gedanken voll und ganz. Man denke beispielsweise daran, daß die konstitutionelle Staatsreform in Europa genau hundert Jahre gebraucht hat, um sich durchzusetzen. Die türkische jüngste Konstitution ist genau hundert Jahre jünger wie die älteste in England. Das zeigt, auf wie ungleicher Kulturstufe die Völker stehen und beweist auch, daß eine internationale Sozialisierung der Gesellschaft undurchführbar ist. Man muß sich eben mit der nackten Wirklichkeit abfinden. Die ganzen sozialistischen Träumereien vom Zukunftsstaat und anderen schönen Dingen können dem Arbeiter in der Gegenwart bitter wenig helfen.

Die christlichen Gewerkschaften lehnen schon allein aus rein praktischen Erwägungen den Gedanken des Klassenkampfes ab. Eine vernünftige moderne Gewerkschaft fordert nicht ein Aufheben der kapitalistischen Ordnung, sondern arbeitet mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln an der Beseitigung der unsozialen und schädlichen Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wir müssen im Gegenwartstaat für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen! Und weil die christlichen Gewerkschaften diesen richtigen Gedanken in den Vordergrund stellen, deshalb werden sie auch in so scharfer Weise an den scharfmacherischen Kreisen heraus bekämpft, deshalb auch das bekannte Wort, nach dem die christlichen Gewerkschaften gefählicher sind wie die sozialdemokratischen. Den Scharfmachern wäre es allerdings schon sehr recht, wenn die Arbeiterschaft sich an schönen Zukunftspantastien herauslassen und darüber die praktischen Erfordernisse der Gegenwart vergessen würden.

Diese Gedanken müssen in den Versammlungen und bei der Agitation in die Reihen der Kollegen hineingetragen werden. Wir müssen aber auch zeigen, daß unsere Stokkraft nur in der praktischen Gegenwartarbeit liegt. Für unsere Ideen müssen wir Opfer bringen, und diese Ideen sind der Opfer wert, wenn sie uns zeigen, daß sie sich verwirklichen lassen.

Es heißt nicht nur für einen Gedanken zu kämpfen, weil er uns ideal erscheint, sondern vor allem, weil uns Gewähr gegeben wird, daß bei der Verwirklichung dieses Gedankens die geistige und materielle Lage gehoben wird.

Gewiß, gerade die christliche Gewerkschaftsbewegung ist von hohen Idealen getragen. Denn die Verwirklichung dieser Ideale ist ein wesentlicher Bestandteil ihrer Programmarbeit. Und daran Kollegen, müssen auch wir mitarbeiten, indem wir unsere Reihen durch unveränderliche Agitation stärken; gleichzeitig aber auch die rein praktischen Gewerkschaftsgedanken in uns aufnehmen.

Briefkasten.

Die Kollegen Josef Buchner, Buch-Nr. 26792 und Josef Scholl, Buch-Nr. 1276 werden ersucht, ihre Adressen wegen einer wichtigen Angelegenheit an A. Christian, Albrechtstr. 11 in Zürich zu melden.

A. B. München. Der Kollege Köbes Müller aus Nippes hat in diesem Jahre eine Beteiligung am Verbandskongress abgelehnt. Seinen ablehnenden Bescheid begründet er damit, daß er sich nicht gut halte, um die ständigen Trübsale des „Genossen“ Süß zu durchreisen.

Adressenveränderungen.

Gladd. R. Johann Schwan, Buescherstraße 15.
Reuß. V. Simon Felsper, Weisenbergerstraße 145.
Pforzheim R. Georg Graepel, Luitpoldstraße 43.

Mitteldeutsche Tischler-Fachschule

Witten in Anhalt.
Größe des Lehrstoffes der Branche in Reparaturarbeiten (Reparatur) und Schiffsbau.
Programme frei durch die Direktion.

B. Kolscher's

Fachschule Detmold

für Tischler u. für gewerbl. Zeichnen
Kartenstraße, Ecke Grabenstraße.
In 3 Monaten Ausbildung zum Werkmeister und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.
Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit.
Auskunft durch die Direktion.
B. Kolscher.

Euliger Bau- und Möbelfachschule

erhalten dauernde Arbeit in größerer Stadt
Düsseldorf. Kollegen, welche Lust haben in
Düsseldorf zu arbeiten, mögen sich an das
Schreibamt Bergig, Postfach 1 wenden.

Tischler-Fachschule

Blankenburg a. Harz
Gelegene Ausbildung als Werkmeister, Betriebsleiter und Führer. Programm frei.
Direktor Reineling.
Zum Selbststudium empfehle: Die „Tischlerlehre für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden Mk. 5. Zu beziehen von Direktor Reineling, Blankenburg am Harz.

Tischler-Fachschule Detmold

gegründet 1893. Städt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Her- u. Zeichensäle. :: Werkstätten.
:: Programme frei ::
Direktor Brecht.

für Schreiner.

Großes modernes Möbelwerk, 300 Stck.
1-10 für ca. 60 Zimmer, in Farbe, für nur
3 Mark abzugeben. Paul Raab, Krefeld.
Düsseldorf, Postfach 45.

Eingelegte Fourniere

für Möbelle, Schatullen, Füllungen.
Kupferbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken.
Zahlreiche Anerkennungsbriefe.
Carlsh. Böker, Marquettstr., Heidelberg.
Theaterstraße 7.

Süddeutsche

Schreiner-Fachschule

München.

Erstklassige Lehranstalt.

Kirchweg 14. Dir. C. Krißmann

2 tüchtige Tischlergehülfen
auf bessere Zusammenarbeit und Möbel, sowie
1 Malchiner-Schreiner
auf dauernde Arbeit gesucht.
Josef Jank, wohn. Bau- und Möbelfachschule,
Hafenstraße 1. Hannover.

Modelltischler

(auf Turbinenbau) für die Kaiserl. Werft gesucht
Werbung beim Allg. Arbeitsnachweis
Riel, Martensdamm 14.

Schreiner-

Werkzeuge: Fuchsel, Isma. Eichenstgen,
amerik. Schraubenzieher, sowie
viele andere Neuheiten. Katalog gratis und franko.
HEINRICH BUSCH, Werkzeug-Versandhaus,
Hagen i. W.

Großherzog. Sachsen-Weimar

Tischler-Fachschule Ilmenau

verbunden mit kaufm. Lehranstalt. — Ausbildung
zum Werkführer, Meister, Zeichner, Betriebsleiter.
Größe, einzige Anstalt dieser Art.
Prospekt frei durch: Die Direktion.

Mehrere tüchtige Möbelschreiner

auf feinste Arbeit gesucht. Auskunft gibt
Arbeitsnachweis des Zentralverbandes
christl. Holzarbeiter. Peter Klein, Reiffen i. S.
Gornauerstraße 20.